

05.07



# DEUTSCHLAND-RUNDBRIEF

herausgegeben vom Deutschen Naturschutzring (DNR) e.V.

**Braunkohle: Deutschland heizt weiter ein  
Kinderleukämie-Häufung: Blockade beendet?  
Bildung für nachhaltige Entwicklung: Erfolgreich  
Tempolimit: Scheinargumente verhindern Klimaschutz**

und weitere Beiträge zu Naturschutz- und Umweltpolitik auf Bundesebene

# DEUTSCHLAND-RUNDBRIEF

herausgegeben vom Deutschen Naturschutzring (DNR) e.V.

## Deutschland-Rundbrief

Naturschutz- und Umweltpolitik  
auf Bundesebene  
Jahrgang 13 (2007), Heft 05  
ISSN 1861-0048

### Herausgeber

Deutscher Naturschutzring,  
Dachverband der deutschen Natur- und  
Umweltschutzverbände (DNR) e.V.

### Geschäftsstelle Bonn

DNR, Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn  
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96  
eMail: [info@dnr.de](mailto:info@dnr.de), Internet: [www.dnr.de](http://www.dnr.de)

### Redaktion, Geschäftsstelle Berlin

Matthias Bauer (mb), Marion Busch (mbu),  
Franziska Heinrich (fh)  
DNR, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin  
Tel. 030 / 443391-82  
eMail: [matthias.bauer@dnr.de](mailto:matthias.bauer@dnr.de)  
Internet: [www.dnr.de/publikationen](http://www.dnr.de/publikationen)

### Abonnement

Abo-Verwaltung: Thomas Kreutzberg,  
Geschäftsstelle Bonn (s. o.)  
eMail: [thomas.kreutzberg@dnr.de](mailto:thomas.kreutzberg@dnr.de)  
Preise/Bestellen: siehe 3. Umschlagseite

### Technik

Satz: DNR Redaktionsbüro, Berlin  
Druck: Druckerei Eberwein, Bonn

### Gastbeiträge

Artikel aus Verbänden und Forschung  
sind willkommen. Die Redaktion behält  
sich Kürzung und Bearbeitung vor. Für  
unverlangt eingesandtes Material keine  
Haftung. Namentlich gezeichnete Beiträge  
geben nicht unbedingt die Meinung der  
Redaktion/des Herausgebers wieder.  
Redaktionsschluss: 20. des Vormonats.

### Copyright

Die Urheberrechte liegen beim Herausge-  
ber. Einzelne Artikel können nachgedruckt  
werden, wenn die Quelle angegeben wird.

### Förderhinweis

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundes-  
umweltministerium gefördert. Die Förderer  
übernehmen keine Gewähr für die Richtig-  
keit, Genauigkeit und Vollständigkeit der  
Angaben sowie für die Beachtung der  
Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten  
und Meinungen müssen nicht mit denen  
der Förderer übereinstimmen.

## Erfolgsstory Dekadeprojekte

### Liebe Leserinnen und Leser,

Bildung für nachhaltige Entwicklung ist bei uns in der Bundesrepublik Deutschland auf einem guten Weg. Durch den immensen politischen Rückenwind der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“, die die Vereinten Nationen für die Jahre 2005 bis 2014 ausgerufen haben, konnte bisher viel bewegt werden.

Der Nationale Aktionsplan wurde in den Bundesländern Hamburg, Saarland, Baden-Württemberg, Thüringen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein durch eigene Landesaktionspläne konkretisiert und dem länderspezifischen Bildungssystem angepasst. Bayern wird in Kürze ebenfalls einen eigenen Aktionsplan vorstellen und Berlin wird am 15. Juni anlässlich der Tagung „Bildung, Wirtschaft, Nachhaltigkeit“ (siehe Seite 23) die Weichen Richtung Berliner Aktionsplan stellen.

Zu einem sehr erfolgreichen Instrument des Deutschen Nationalkomitees zur Begleitung der UN-Dekade hat sich die Auszeichnung als Dekadeprojekt erwiesen, die eine Anerkennung für das Engagement der Akteure sein soll und ihr Engagement nach außen hin sichtbar macht.

Viele Mitgliedsverbände des Deutschen Naturschutzrings (DNR) haben sich bisher erfolgreich um diese Auszeichnung beworben und sind als offizielle Dekadeprojekte in die „Allianz Nachhaltigkeit lernen“ aufgenommen worden.

Auf diese Weise wird der vielfältigen Bildungslandschaft Deutschlands Rechnung getragen und das lokale Engagement unterstützt. Denn so global die Visionen der UN-Dekade sein müssen, in der Realität findet sie dezentral statt und diese lokalen Aktivitäten und Projekte sind die eigentlichen Botschafter.

Über 350 solcher Projekte wurden in den ersten beiden Jahren der UN-Dekade ausgezeichnet und mittlerweile haben auch drei Kommunen, nämlich Hamburg, Neumarkt und Freiburg, diese Auszeichnung erhalten, weil sie das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung in alle Bildungsbereiche integriert haben.

Einige dieser Bildungsinitiativen sind auch bei der 3. „Woche der Umwelt“ zu sehen: Am 5. und 6. Juni lädt Bundespräsident Horst Köhler in den Park von Schloss Bellevue nach Berlin ein. Die Projektpräsentationen, die u. a. auch vom Deutschen Naturschutzring und einigen seiner Mitgliedsorganisationen gestaltet sind, geben einen Überblick über die Breite und Vielfalt der Arbeiten aus Umwelttechnik, -forschung und -bildung. Damit setzt der Bundespräsident auch ein deutliches Zeichen, dass es sich hierbei um ein wichtiges Zukunftsthema handelt, das für die Bundesrepublik von großer Bedeutung ist.

Im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft versuchen die Akteure der Bildung für nachhaltige Entwicklung in der Bundesrepublik ebenfalls ein Zeichen zu setzen. Zurzeit findet in Berlin eine internationale Konferenz statt, organisiert vom Bundesbildungsministerium, den Berliner Senatsverwaltungen für Wirtschaft und für Bildung, der Deutschen UNESCO-Kommission und dem Nationalkomitee für die UN-Dekade. Diese Konferenz will den europäischen Beitrag zur UN-Dekade identifizieren und dabei die globale Verantwortung Europas berücksichtigen. Ein ausführlicher Bericht folgt im nächsten Deutschland-Rundbrief.

Damit wollen wir Bildung für nachhaltige Entwicklung als entscheidendes Element der Nachhaltigkeitsaktivitäten der Europäischen Union herausstellen und auch zu ihrer stärkeren Integration in die europäischen Bildungsprogramme beitragen.

Vor dem Hintergrund dieser zahlreichen Aktivitäten sind jetzt die Bundesländer gefordert, auch die entsprechenden Förderprogramme aufzulegen oder aufzustocken, um die Verbände bei ihrer Bildungsarbeit zu unterstützen. Auch mit der politisch gewollten Schaffung von immer mehr Ganztageschulen werden Umweltverbände als Kooperationspartner wichtiger. Kompetenz und Qualität bei der Betreuung und Bildung - das können viele Verbände schon seit langem bieten. Es ist nun an der Politik anzuerkennen, dass diese personalintensiven Aktivitäten unbedingt förderwürdig sind.

All die Anstrengungen auf Länderebene, in der Bundesrepublik oder auf europäischem Parkett entbinden uns aber nicht davon, den eigenen Lebensstil immer wieder zu überprüfen, ob er dem Anspruch nachhaltiger Entwicklung genügt: Heute nicht auf Kosten von morgen leben und hier nicht auf Kosten von anderswo.

Machen Sie mit!

Ihr  
Klaus Hübner,  
Mitglied des DNR-Präsidiums

## 2 Impressum

## 3 Editorial

- [Erfolgsstory Dekadeprojekte](#)

## 5 Verbände, Ehrenamt

- Atomkraftgegner Eduard Bernhard gestorben
- Lesenswert: Freiwilligenarbeit, E-Campaigning

## 6 Agrarpolitik, Gentechnik, Verbraucherschutz

- Verbraucherinformationsgesetz verabschiedet
- Bio-Hühner fressen mehr konventionelles Futter
- Freilandanbau genveränderter Kartoffeln genehmigt
- Kurzmeldungen: Salmonellen, Gentechniknovelle
- Lesenswert: Genfood, Hühner, Pestizide

## 9 Emissionen, Abfall, Chemie, Industrie

- [Anhörung zu Leukämiefällen in Geesthacht](#)

## 10 Energie, Klima

- IPCC-Bericht Teil III: Beschleunigtes Artensterben prognostiziert
- Über 40 Verbände gründen „Klima-Allianz“
- Ökologischer Nutzen von Biomasse umstritten
- [Umwelt-Sachverständigenrat kritisiert Kohlepolitik des Umweltministeriums](#)
- [Vattenfall baut weiteres Braunkohlekraftwerk in der Lausitz](#)
- Kurzmeldungen: CO<sub>2</sub>-Emissionen
- Lesenswert/Sehenswert: Ölzeitalter, Klimaschutzverhinderer

## 13 Nachhaltigkeit, Umweltpolitik, Recht

- Gastbeitrag: [Finnische Umweltbildungsexperten lernen in Düsseldorf](#)  
Von Tilman Langner, Umweltbüro Nord
- Nationale Nachhaltigkeitsstrategie: Fünf-Jahres-Bilanz der Verbände
- Kurzmeldungen: „Weltzukunftsrat“, Graslöwe, Umweltinformationsrecht

## 16 Naturschutz, Artenschutz, Tierschutz

- Verbände fordern Stopp der Landschaftsgesetznovelle in NRW
- Aktionsplan zum Schutz frei lebender Luchse vorgestellt
- Bundesjagdgesetz: Alle Korrekturen auf Eis gelegt
- Lesenswert: Naturschutzkonflikte, Biotoptypen, Arbeitsplätze

## 18 Verkehr, Tourismus

- NRW: Immer mehr Städte fördern Radverkehr
- Länder-Verkehrsminister wollen Gigaliner weiter prüfen
- [Umweltverbände: Tempolimit-Debatte irreführend](#)
- Umfassende Erhebung der externen Kosten des Verkehrs
- Kurzmeldungen: Mallorca-Tourismus
- [Lesenswert: Tempolimit-Argumente](#)

## 20 Wasser, Meere

- Kurzmeldungen: Schweinswale
- Lesenswert: Auen, Grundwasser

## 21 Service

- Umwelt-Termine
- Informationsquellen
- EU-Umweltpolitik verständlich

Inhalt des EU-Rundschreibens: Seite 26.

## Atomkraftgegner Eduard Bernhard gestorben

### Nachruf auf einen der engagiertesten Umweltschützer der Bundesrepublik

Eduard Bernhard, einer der engagiertesten Umweltschützer und Atomkraftgegner in der Bundesrepublik Deutschland, ist am 26. April, dem Jahrestag der Atomkatastrophe in Tschernobyl, nach schwerer Krankheit im Alter von 80 Jahren gestorben.

Eduard war für mich seit den frühen 80er Jahren einer der wichtigsten Ansprechpartner im Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU). Oft kam er mit Neuigkeiten und Vorschlägen für gemeinsame Aktivitäten, meist wegen oft unglaublicher Vorgänge bei Atomkraftwerken. Sein unermüdlicher Einsatz an vorderster Stelle gegen Atomanlagen in Hanau, Biblis und Gronau war Legende. Bernhard engagierte sich aber auch für die Rettung des Hafenlohrals, gegen eine dort geplante Trinkwassersperrung. Er war aktiv im Kampf gegen die Giftmülldeponie Mainhausen und gegen den Bau der Startbahn West und sorgte sich nicht zuletzt um den Schutz der Wälder.

Eduard gehörte zahlreichen Organisationen an: dem BBU, dem BUND auf Bundesebene, dem Landesverband Hessen und dem Bund Naturschutz in Bayern sowie der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald. Erst im vergangenen Jahr wurde er erneut als Vorstandsmitglied des BBU gewählt. Auf Vorschlag des DNR wurde er in die Störfallkommission berufen.

Kaum ein Erörterungstermin, kaum eine Hauptversammlung der Energiekonzerne, an der Eduard Bernhard nicht teilgenommen hat, um als Mitglied der „Kritischen Aktionäre“ den Vorständen wegen unsicherer Atomkraftwerke die Entlastung zu versagen. Einer seiner größten Erfolge war die Schließung der Hanauer Atombetriebe.

Wir werden Eduard in guter Erinnerung behalten und versuchen, in seinem Sinne unseren Widerstand gegen Umweltzerstörung und die Gefährdung unserer natürlichen Lebensgrundlagen fortzuführen. ■

Dr. Helmut Röscheisen, DNR-Generalsekretär

## Lesenswert

### Freiwilligenarbeit im Naturschutz

In dieser Publikation des Bundesamtes für Naturschutz (BfN) wird die aktuelle Situation des freiwilligen Naturschutz-Engagements in Deutschland zusammengefasst. Praktische Beispiele und erfolgreiche internationale Musterprojekte geben Einblick in die Freiwilligenarbeit im Naturschutz. Die Autorinnen und Autoren schildern Entwicklungen, Rahmenbedingungen und Formen des freiwilligen Engagements und stellen professionelle Freiwilligenstrukturen des Naturschutzes in anderen Ländern vor. Die Leserinnen und Leser können die aktuellen Trends der Freiwilligenarbeit in Naturschutzverbänden verfolgen oder mehr über das freiwillige Engagement für Natur und Umwelt im Tauch- und Luftsport erfahren. (fh)

Sina Bremer, Karl-Heinz Erdmann, Till Hopf: Freiwilligenarbeit im Naturschutz, Landwirtschaftsverlag, Bonn 2006, 224 Seiten, 18 Euro; Bezug: [www.lv-h.de/bfn](http://www.lv-h.de/bfn)

### Lobbyarbeit durch E-Campaigning für Naturschutzverbände

Der Autor beleuchtet den Bereich der Online-Kommunikation an der Schnittstelle zwischen Verbänden, Politik und Öffentlichkeit. Der Fokus der Auswertungen liegt bei den Naturschutzverbänden. Das sogenannte E-Campaigning wird gerade bei ihnen mehr und mehr zu einer festen Größe des politischen Lobbying. Dass Zielvorstellungen und Umsetzung nicht immer deckungsgleich sind, zeigt der Autor ebenso auf wie die Gründe für Erfolg und Misserfolg des E-Campaigning. Das Werk versucht den Einstieg in die Materie zu erleichtern und zugleich die Frage zu klären, inwieweit das E-Campaigning eine politische Einflussnahme zulässt, ob und wie es effizient wirken kann. (fh)

Patrick Brauckmann: E-Campaigning als effizientes Instrument der politischen Lobbyarbeit? Eine Analyse am Beispiel der Naturschutzverbände in der Bundesrepublik Deutschland, poli-c-books, Berlin 2007, 200 Seiten, 25,- Euro, ISBN 9783938456026

■

## **Verbraucherinformations-Gesetz verabschiedet**

### **Behörden zur Auskunft über Lebensmittelskandale verpflichtet**

Das Bundeskabinett hat am 4. April eine überarbeitete Fassung des Verbraucherinformationsgesetzes (VIG) verabschiedet. Den ersten Gesetzentwurf hatte Bundespräsident Horst Köhler vergangenen Dezember nicht unterschrieben, weil er ihn nach der Föderalismusreform für verfassungswidrig hielt. Das VIG verstieß seiner Ansicht nach gegen das Verbot, mit einem Bundesgesetz den Gemeinden und Gemeindeverbänden Aufgaben zu übertragen. In der Neufassung sind nun die Länder zwischengeschaltet, die den Kommunen Aufgaben zuweisen können. Das VIG verpflichtet Behörden dazu, Bürger/innen mit allen relevanten Informationen zu versorgen, wenn z. B. Gammelfleisch auf dem Markt ist, Gefahr für die Gesundheit besteht oder Verbraucher/innen getäuscht wurden. Nun müssen noch Bundestag und Bundesrat zustimmen.

### **Opposition: „Etikettenschwindel“ und „Stillstand im Verbraucherschutz“**

Die Opposition kritisierte das Gesetz. Obwohl sich die Regierung vier Monate Zeit genommen habe, seien die grundsätzlichen Fehler nicht geheilt worden, sagte die verbraucherpolitische Sprecherin der Grünen im Bundestag Ulrike Höfken. Es bleibe ein Etikettenschwindel. Beispielsweise erlaube eine weite Definition von Betriebsgeheimnissen, dass Bürgern sehr leicht Informationsansprüche verweigert werden könnten. Der verbraucherpolitische Sprecher der FDP-Fraktion Hans Joachim Goldmann sprach von Stillstand im Verbraucherschutz. Die von SPD und CDU geforderten Nachbesserungen hätten sich nicht durchgesetzt. Lücken gebe es z. B., weil noch immer nicht sichergestellt werde, tierische Abfälle einzufärben, um zu verhindern, dass sie auf Umwegen wieder als Lebensmittel auf dem Teller landeten.

### **Verbraucherverbände: Chance vertan**

Der Bundesverband der Verbraucherzentralen (vzbv) warf der Regierung vor, sie habe die Chance vertan, wesentliche Schwächen des Gesetzentwurfs zu korrigieren. In der nun beschlossenen Version des VIG stehe „letztlich dasselbe“ wie in der ursprünglichen, sagte der stellvertretende vzbv-Vorstand Patrick von Braunmühl. Den Verbraucherinteressen werde damit nach wie vor nicht genügend Rech-

nung getragen. Der vzbv kritisierte vor allem, dass die Unternehmen selbst von der Informationspflicht ausgenommen sind.

### **Eingeschränkter Geltungsbereich**

Nach Meinung der Verbraucher Initiative ist das VIG „nicht mehr als bedrucktes Papier“. Anstatt ihre Informationsrechte zu stärken, mache der Gesetzentwurf Verbraucher zu Bittstellern bei Behörden, sagte Georg Abel, Bundesgeschäftsführer der Verbraucher Initiative. Neben der Auskunftspflicht für Firmen fehle im Gesetz die Geltung über Lebensmittel, Kosmetika und Spielwaren hinaus. Die Verbraucherorganisation forderte die Parlamentarier auf, sich für Verbraucherrechte und echte Markttransparenz stark zu machen und die Änderungen des Gesetzes zu beschließen.

Die Verbraucherrechtsorganisation Foodwatch warf der Bundesregierung mangelnden Willen vor, den Behörden das Prinzip „Veröffentlichung vor Geheimhaltung“ vorzuschreiben. Mit dem jetzigen VIG würden Verbrauchern Zumutungen wie der Verzehr von gemalteter oder schadstoffbelasteter Ware auch weiterhin nicht erspart bleiben. (mbu) ■

### **• Weitere Informationen**

Bundeslandwirtschaftsministerium (BMELV), Wilhelmstr. 54, 10117 Berlin  
Tel. 01888-529-3173, Fax -3179  
eMail: [pressestelle@bmelv.bund.de](mailto:pressestelle@bmelv.bund.de)  
[www.bmelv.de](http://www.bmelv.de)

Verbraucher Initiative, Elsenstr. 106, 12435 Berlin  
Tel. 030 / 53607-33, Fax -345  
eMail: [mail@verbraucher.org](mailto:mail@verbraucher.org)  
[www.verbraucher.org](http://www.verbraucher.org)

Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv), Markgrafenstr. 66, 10969 Berlin  
Tel. 030 / 25800-0, Fax -518  
eMail: [info@vzbv.de](mailto:info@vzbv.de)  
[www.vzbv.de](http://www.vzbv.de)

Foodwatch, Brunnenstr. 181, 10119 Berlin  
Tel. 030 / 240476-19, Fax -26  
eMail: [presse@foodwatch.de](mailto:presse@foodwatch.de)  
[www.foodwatch.de](http://www.foodwatch.de)

## **Bio-Discount: Hühner fressen mehr konventionelles Futter**

### **Erzeugergemeinschaft fordert 100 Prozent Biofutter, EU nur 75 Prozent**

Die Erzeugergemeinschaft CW Öko Ei hat bekräftigt, dass es möglich ist, Legehennen mit reinem Biofutter zu versorgen. Auch wenn dies teurer und aufwändiger sei, halte die Erzeugergemeinschaft an der 100-Prozent-Marke für ökologisches Futtergetreide fest. Die EU-Bioverordnung sieht vor, dass Biohennen bis zu 15 Prozent konventionelles Futter im Jahresdurchschnitt bekommen dürfen. Laut der Erzeugergemeinschaft erwarten die Verbraucher aber 100 Prozent Biofutter im Bio-Ei.

### **Gensoja-Spuren im Futter**

Außerdem bezweifelt die Erzeugergemeinschaft, dass die 15-Prozent-Grenze nicht überschritten wird. So würden in Österreich derzeit bis zu 25 Prozent konventionelles Futter eingesetzt. Um den von der EU erlaubten Schnitt zu erhalten, müsste dort nach der diesjährigen Weizernte fast 100 Prozent Bio gefüttert werden. Die Futterknappheit wurde durch die große Nachfrage nach Biogetreide verursacht. Auch Gentechnik könnte z. B. durch Sojabeimischungen in Bio-Eier gelangen. Der Verein für kontrollierte alternative Tierhaltungsformen (KAT) wies im April in niederländischen und italienischen Bio-Legebetrieben genmanipulierte Bestandteile im Futter nach.

### **Supermärkte drücken Preise - Bio-Großbetriebe senken Standards**

Bio-Eier aus dem Discounter bezeichnete Walter Höhne von der Erzeugergemeinschaft als „Mogelpackung“. Denn die Billig-Supermärkte zwingen die Erzeuger die Kosten zu senken. Von daher seien Großbetriebe kaum daran interessiert 100 Prozent Biofutter überhaupt zu erreichen. Durch Ausnahmeregelungen im Futtermittelbereich befürchtet die Erzeugergemeinschaft, dass die Ziele, bis 2011 in der ökologischen Tierhaltung auf 100 Prozent Biofutter zu kommen, nicht zu schaffen sind. (mbu) ■

### **• Weitere Informationen**

CW Öko Ei, Walter Höhne, Habichtstr. 42, 85088 Vohburg  
Tel. 08457 / 934521  
eMail: [w.hoehne@diebiohennen.de](mailto:w.hoehne@diebiohennen.de)  
[www.diebiohennen.de](http://www.diebiohennen.de)

## **Freilandanbau genveränderter Kartoffeln genehmigt**

### **Bundesamt sieht keine Risiken, erteilt aber Sicherheitsauflagen**

Das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) hat im April die Freisetzung gentechnisch veränderter Kartoffeln unter Sicherheitsauflagen genehmigt. Der Chemiekonzern BASF plant, die Gen-Kartoffeln an zehn Standorten anzupflanzen. Die bewilligten Flächen liegen in Bayern, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Sachsen und Sachsen-Anhalt. Die Tochterfirma BASF Plant Science darf zwischen 2007 und 2011 maximal 45.000 Knollen pro Kartoffellinie, Standort und Jahr freisetzen.

BASF verspricht sich z. B. von der Genkartoffelsorte Amflora die billigere Gewinnung von Industriestärke als sie mit konventionellen Kartoffeln möglich ist. Für die technische Anwendung in der Papier-, Garn- und Klebstoffindustrie wird nur ein Teil des Stärkegemischs aus Amylopektin und Amylose benötigt. Die Trennung der Stoffe sei unwirtschaftlich, so die BASF. Amflora bilde reine Amylopektinstärke und helfe so Material, Energie und Kosten zu sparen. Weitere Kartoffellinien sollen widerstandsfähiger gegen den Erreger der Kraut- und Knollenfäule sein.

### **Zehn Meter Abstand zum Nachbarfeld soll Kontamination verhindern**

Die Sicherheitsbewertung hat laut BVL ergeben, dass von der Freisetzung der manipulierten Kartoffeln keine schädlichen Einflüsse auf Menschen, Tiere und die Umwelt zu erwarten seien. Dennoch verpflichtet man die BASF zu Sicherheitsmaßnahmen, teilte das Amt mit. So muss das Unternehmen zehn Meter Abstand zwischen den Freisetzungsfeldern und Feldern einhalten, auf denen gentechnikfreie Kartoffeln angebaut werden. Außerdem müssen die Gen-Kartoffeln im Pflanz- und Erntestadium gekennzeichnet werden. Vor der Ernte sollen die oberirdischen Teile der Knollen chemisch oder mechanisch vernichtet werden. Ist die Freisetzung beendet, müssen die Flächen auf nachwachsende Kartoffeln abgesucht und gegebenenfalls die Nachkontrolle verlängert werden.

## **EU-Behörden uneins über Bewertung möglicher Antibiotika-Resistenzen**

Im Frühjahr hatte die EU-Kommission die Pläne von BASF gebremst, bereits in diesem Jahr die Amflora-Knolle anzubauen. Wegen grundsätzlicher Bedenken beschloss die Brüsseler Behörde Mitte März, ein weiteres Gutachten über die Risiken der Gen-Kartoffel in Auftrag zu geben. Denn die Knollen enthalten auch ein Gen, das gegen das in der Medizin angewandte Antibiotikum Kanamycin resistent ist. Nach der EU-Freisetzungsrichtlinie ist dies nicht erlaubt. Derzeit prüft die Europäische Arzneimittelbehörde EMA, ob die Gen-Kartoffel nach EU-Vorgaben zugelassen werden darf.

Dagegen erklärte die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) Amflora für unbedenklich. In einer EFSA-Studie heißt es, dass zwar durch Aufnahme von antibiotikaresistenter Nahrung auch Mikroorganismen unempfindlich gegen Antibiotika gemacht werden könnten. Doch das sei auch durch andere Wege möglich, begründete die EFSA ihr Votum.

Umweltverbände befürchten, dass die Industrie Anwendungen im Non-Food-Bereich wie Amflora als Türöffner für die Agro-Gentechnik benutzt, weil sie hier mit weniger Widerstand bei Verbraucher/innen rechnet. Dass Kartoffeln ein geringeres Auskreuzungsrisiko haben, sei ein weiterer Grund für den Vorstoß. (mbu)

■ ▼

### **• Weitere Informationen**

Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL), Rochusstr. 65, 53123 Bonn  
Tel. 0228 / 6198-0, Fax -120  
eMail: [poststelle@bvl.bund.de](mailto:poststelle@bvl.bund.de)  
[www.bvl.bund.de](http://www.bvl.bund.de)

BUND Rheinland-Pfalz, Naturschutzreferentin Sabine Yacoub, Gärtnergasse 16, 55116 Mainz  
Tel. 06131-279461, -231973  
eMail: [sabine.yacoub@bund-rlp.de](mailto:sabine.yacoub@bund-rlp.de)  
[www.bund.net/rheinland-pfalz](http://www.bund.net/rheinland-pfalz)

[www.keine-gentechnik.de](http://www.keine-gentechnik.de)

## **Kurzmeldungen**

### **Zahlreiche Geflügelbetriebe mit Salmonellen verseucht**

Einer Studie des Bundesinstituts für Risikobewertung (BfR) zufolge sind deutsche Geflügelbetriebe offenbar Brutstätten von Krankheitserregern. Bei einer Untersuchung mehrerer hundert Betriebe sei fast jede dritte Legehennen- und jede sechste Hähnchenherde mit Salmonellen verseucht gewesen. Das BfR hatte die Untersuchungen im Rahmen einer EU-weiten Studie durchgeführt. Dafür wurden zwischen Oktober 2004 und September 2006 fast 2.000 Proben aus Masthähnchenbetrieben und fast 4.000 Proben aus Legehennenhöfen genommen. Je größer der Betrieb war, desto schlechter stand es um den Gesundheitszustand der Tiere. Mit diesen Untersuchungsergebnissen schneidet Deutschland schlechter ab als der EU-Durchschnitt. Nach Presseberichten müssen die Eierproduzenten jetzt mit Konsequenzen rechnen: Sollten die Höfe bis 2009 nicht frei von den Erregern sein, dürften die Eier dieser Betriebe nur noch abgekocht verkauft werden. (mbu)

● BfR, Berlin, Tel. 030 / 84124300, [www.bfr.bund.de](http://www.bfr.bund.de)

### **Agrarminister fordern Novellierung des Gentechnikgesetzes**

Die Agrarminister der Länder haben die Bundesregierung aufgefordert, die geplante Novelle des Gentechnikgesetzes zügig umzusetzen. Wegen fehlender Rechtssicherheit und Transparenz gebe man keine Empfehlung zum Anbau gentechnischer Produkte, sagte der Umweltminister von Mecklenburg-Vorpommern Till Backhaus (SPD) nach einer Konferenz der Ressortchefs im April in Weiskirchen (Saarland). Die Minister plädierten für eine einheitliche europäische Kennzeichnungspflicht für gentechnisch veränderte Produkte. Das unterstützte auch Bundeslandwirtschaftsminister Horst Seehofer (CSU). Er verwies darauf, dass es nicht nur um landwirtschaftliche Produkte, sondern bei der Gentechnik auch um Medikamente gehe. Das sei national allein nicht machbar, sagte der Minister. (mbu)  
Quelle: [www.keine-gentechnik.de](http://www.keine-gentechnik.de) (23.04.2007)

■

## **Lesenswert**

### **GenBuch Lebensmittel**

Im „GenBuch Lebensmittel“ geht es um wissenschaftliche und kulturgeschichtliche Hintergründe der Entwicklung der Gentechnik, vor allem deren Anwendung in der Nahrungsmittelindustrie. Die beiden Autoren, ein Journalist und ein Chemiker, erläutern, wie Lebensmittel heute gemacht werden, und beleuchten die Position der Saatgutindustrie und deren Erwartungen an die Gentechnik. Der umfangreichere zweite Teil des Buches widmet sich den Grundnahrungsmitteln wie Brot, Kartoffeln oder Milch, aber auch Genussmitteln wie Bier oder Süßigkeiten. Hier erfahren die Leser, welche Lebensmittel bereits genveränderte Zutaten enthalten oder künftig enthalten könnten. Das handliche Taschenbuch endet mit einem Glossar der wichtigsten Begriffe rund um die Agro-Gentechnik. (mbu)

Max Annas, Gregor Bornes: Das GenBuch Lebensmittel, orange press, Freiburg 2007, 190 S., 12,- Euro, ISBN: 978-3-936086-30-0

### **„Genetisches Roulette“:**

#### **Gesundheitsrisiken durch Genfood**

Jeffrey M. Smith widerlegt in seinem neuen Buch „Genetic Roulette“ die Behauptung der Gentechnik-Industrie, dass gentechnisch veränderte Lebensmittel sicher seien. Fast 40 Gesundheitsrisiken durch Genfood, das US-Amerikaner täglich verzehren, präsentiert er in seiner umfangreichen, bisher nur im englischsprachigen Original erhältlichen Dokumentation. Die über 300 Seiten sind komfortabel aufgeteilt in eine linke Seite für Querleser, die sich schnell mit Zitaten und Illustrationen einen Überblick verschaffen wollen, und in eine rechte Seite mit Volltext, der die Forschung und theoretische Risiken beschreibt. Smith geht u. a. den Fragen nach, warum Kinder am meisten gefährdet sind und warum Gentechnik nicht den Hunger in der Welt beseitigt. Er entlarvt falsche Behauptungen von Gentechnik-Befürwortern und Manipulationen von Forschungsergebnissen durch die Industrie. Das Buch ist auch geeignet für Schulen und Bibliotheken. (mbu)

Jeffrey M. Smith: Genetic Roulette - The Documented Health Risks of Genetically Engineered Foods; Yes Books, Miami (USA) 2006, 312 S., 18,- Euro; ISBN: 9780972966528

### **Hühnerbrust und Chicken Wings:**

#### **Wer isst den Rest?**

Geflügelfleisch wird in unseren Küchen fast nur noch selektiv verwertet. Im Angebot sind „Chicken Wings“ oder Hühnerbrust - das ganze Hähnchen als Mahlzeit ist vom Speiseplan verschwunden. Doch was passiert mit dem Rest des Tieres? Die Autoren haben intensive Nachforschungen darüber angestellt. Ihr Buch zeigt, dass sich mit dem zerstückelten und verarbeiteten Hühnerfleisch weltweit lukrative Geschäfte machen lassen. Die Hühnerwirtschaft ist in einem Ausmaß konzentriert, globalisiert und industrialisiert wie kaum ein anderer Agrarbereich. Ist der Siegeszug des „globalen Huhns“ aufzuhalten? Es lohnt sich, den Autoren bei ihren Recherchen über die verschlungenen Handelsströme der Ware „Huhn“ rund um den Globus zu folgen. (BUKO)

R. Buntzel, F.J. Mari Lopez: Das Globale Huhn - Hühnerbrust und Chicken Wings - Wer isst den Rest?, Brandes & Apsel, Frankfurt/M. 2007, 180 S., 19,90 Euro

### **Pestizideinsatz in Nord und Süd**

Seit Herbst 2004 informiert das Projekt BIOPOLI Jugendliche über Auswirkungen der Grünen Revolution auf die biologische Vielfalt und die globale Ernährungssicherung (DRB 10.06, S. 6). 2006 wurde das Projekt um den Themenbereich „Pestizideinsatz in Nord und Süd“ erweitert. Dazu gehörte auch die Erstellung von neuem Informationsmaterial, das nun vorliegt. In sechs Modulen werden Aspekte wie Allgemeines zu Pestiziden, Pestizidhandel, Gesundheitsfragen, Pestizide und Gentechnik, Alternativen zum Pestizideinsatz und Pestizidaltlasten erörtert. Einführende Texte geben einen Überblick über die Problematik, die durch Arbeitsaufgaben, weiterführende Links, Aktionsideen und Literaturanregungen ergänzt werden. (BUKO)

S. Hirt, U. Gröhn-Wittern: Pestizideinsatz in Nord und Süd, Hamburg 2006, Mappe, 5,- Euro; Hrsg./Bezug: BUKO Agrar-Koordination, Tel. 040 / 392526, eMail: info@bukoagrar.de



## Anhörung zu Leukämiefällen in Geesthacht

### Vertuschungs-Vorwürfe: Abgeordnete fordern neue Bodenanalysen

Mit einer Experten-Anhörung im niedersächsischen Landtag ist im April der Versuch unternommen worden, den Ursachen der seit 17 Jahren zunehmenden Zahl von Kinderleukämie in der Umgebung des AKW Krümmel und des GKSS-Forschungszentrums Geestacht näher zu kommen. Dabei geht es um Vorwürfe, wonach die weltweit einzigartige Häufung von Kinder-Leukämie 30 Kilometer südlich von Hamburg auf einen Unfall bei illegalen Atomwaffen-Experimenten im September 1986 zurückzuführen sei. Zur Klärung sollen nun erneut Untersuchungen von Bodenproben veranlasst werden.

### Untersuchungen waren nach dem Eklat von 2004 gestoppt worden

Seit dem Eklat von 2004, als die vom Land Schleswig-Holstein 1990 eingesetzte „Leukämie-Kommission“ zurücktrat, weil sie sich in ihren Ermittlungen von den Landesregierungen in Kiel und Hannover behindert sah, waren die Akten geschlossen geblieben. Die damalige rot-grüne Landesregierung in Kiel hatte Vertuschungsvorwürfe zurückgewiesen: Für die ungewöhnliche Häufung von Blutkrebs-Fällen sei keine Ursache zu finden. Die Wissenschaftler/innen der Leukämiekommission hatten dennoch Bodenproben von einem unabhängigen Institut untersuchen lassen. Dessen Analyse ergab, dass die aus den Bodenproben extrahierten Brennstoffkügelchen radioaktive Isotope enthielten und dass die Kügelchen weder aus einem zivilen Atomkraftwerk noch vom Fallout früherer oberirdischer Atomtests herrühren könnten. Dies stützt den Verdacht von Wissenschaftler/innen wie dem Präsidenten der Gesellschaft für Strahlenschutz Dr. Sebastian Pflugbeil, wonach es im GKSS-Forschungszentrum 1986 zu einem Unfall gekommen sei.

### Aufschlussreiche Befragung des Strahlenschutzexperten Mironow

In der zweitägigen nichtöffentlichen Anhörung befassten sich die Mitglieder des Gesundheitsausschusses unter anderem mit dem aktuellen Stand der Leukämieforschung, um nähere Erkenntnisse über den Zusammenhang von Radioaktivität und Leukämie zu gewinnen. Hierzu sollten unter anderem ein Vortrag und eine zweistündige Befragung des Physik- Profes-

sors Wladislaw Mironow von der Sacharow-Universität in Minsk dienen, dessen Team die Aufsehen erregenden Ergebnisse geliefert hatte.

### „Kügelchen enthalten Uran und künstlich erzeugte Radionuklide“

Nach der Anhörung erklärten der umweltpolitische Sprecher der schleswig-holsteinischen SPD-Fraktion Konrad Nabel und weitere SPD-Politiker, Mironows Ausführungen ließen keinen Zweifel mehr daran, dass die Kügelchen Uran und künstlich erzeugte Radionuklide enthielten. Sie forderten die unabhängige Untersuchung neuer Bodenproben. Auch der atompolitische Sprecher der Grünen Andreas Meihies forderte eine Messmethode und ein Labor, das von allen Seiten anerkannt wird. Nur so komme man aus dem Streit der Gutachten und Gegengutachten heraus. (mb) ■ ▼

### • Weitere Informationen

Gesellschaft für Strahlenschutz, Dr. Sebastian Pflugbeil, Gormannstr. 17, 10119 Berlin  
Tel. 030-4493736, Fax -44342834  
eMail: pflugbeil.kvt@t-online.de  
www.gfstrahlenschutz.de

Dokumentation der Anhörung im Niedersächsischen Landtag:  
Strahlentelex 3.5.2007 (PDF, 280 kB)  
www.strahlentelex.de/  
Stx\_07\_488\_S01-05.pdf

Hintergrundbericht: Freitag (Wochenzeitung) 11.5.2007  
www.freitag.de/2007/19/  
07190401.php

## UN-Klimabericht prognostiziert Artensterben

### IPCC-Report Teil III setzt Schwerpunkt auf CO<sub>2</sub>-Minderungsmaßnahmen

Im Mai hat der Internationale Wissenschaftsrat zum Klimawandel (IPCC) den dritten Teil seines Klimaberichts verabschiedet. Darin ging es vor allem um rasche Maßnahmen, die den Klimawandel in beherrschbarem Rahmen halten können. Dies sei möglich, wenn bis 2050 der Ausstoß von CO<sub>2</sub> im Vergleich zu 1990 halbiert würde, heißt es in dem Bericht. Dazu müssten die Erneuerbaren Energien stark ausgebaut und die Energieeffizienz deutlich gesteigert werden. Der Sachstandsbericht ist damit abgeschlossen. Im November soll ein Synthesebericht erscheinen, der die drei Teile auf politische Fragestellungen hin zusammenfasst.

### IPCC: 30 Prozent aller Arten könnten wegen der Erderwärmung aussterben

Erst Anfang April hatte sich der Weltklimarat (IPCC) auf Teil zwei des Berichts geeinigt (EUR 05.07, S. 19). Danach sind durch die globale Erwärmung bis zu 30 Prozent aller Tier- und Pflanzenarten vom Aussterben bedroht, wenn die globale Durchschnittstemperatur um 1,5 bis 2,5 Grad steigt. Im zweiten Teil des Berichts beschäftigte sich das IPCC mit den Folgen des Klimawandels und notwendigen Anpassungsmaßnahmen. Er ergänzt die erste Publikation, bei der es um wissenschaftliche Hintergründe des Klimawandels ging.

### Wassermangel in Afrika und Osteuropa

Viele Auswirkungen des Klimawandels seien heute bereits spürbar, sagte der Vorsitzende des IPCC Rajendra Pachauri. Häufig schreite die Entwicklung sogar noch schneller voran als der Klimarat in seinem letzten Bericht vor fünf Jahren erwartet hatte.

Ohne deutliche Maßnahmen gegen die schlimmsten Folgen des Klimawandels befürchtet das IPCC neben dem Artensterben weitere negative Folgen für Menschen und Umwelt:

- Das Risiko von Dürren und Fluten würde massiv ansteigen. Im Jahr 2050 könnten mehr als 1 Milliarde Menschen nicht genug Trinkwasser zur Verfügung haben.
- In einigen Ländern würden die landwirtschaftlichen Erträge um bis zu 50 Prozent sinken.

- In Europa würden die Auswirkungen je nach Region unterschiedlich sein: Dürren und Hitzewellen im Süden, Hochwasser und Erosion in Mitteleuropa, Wasserknappheit in östlichen Regionen sowie Gletscher- und Schneeschmelze in den Gebirgen seien zu erwarten.
- In Afrika könnten bis zu 250 Millionen Menschen unter Wassermangel leiden, die landwirtschaftliche Anbaufläche würde sich deutlich verringern, stark bevölkerte Küstenregionen würden durch den steigenden Meeresspiegel bedroht. Die Kosten für die Anpassung könnten 5-10 Prozent des afrikanischen Bruttosozialprodukts ausmachen.

### Politik kontra Wissenschaft

Die USA, China und Saudi-Arabien hatten zahlreiche Änderungswünsche bei Formulierungen angemeldet. Wissenschaftler kritisierten, der Bericht sei dadurch verwässert worden. Denn der Bericht wird zwar von Wissenschaftlern geschrieben, das Gremium selbst ist aber ein staatliches. Somit entscheiden Politiker abschließend über die einzelnen Formulierungen. Dem sind allerdings Grenzen gesetzt. Denn die Politiker können zwar einzelne Passagen streichen oder Ergänzungen einfügen, auf keinen Fall aber Werturteile der Wissenschaftler verändern - so schreiben es die Statuten des IPCC fest. Mehrere Änderungsvorschläge der USA oder Saudi-Arabien ernteten daher massiven Protest der Forschergemeinde.

Der WWF forderte, auf die wissenschaftlichen Ergebnisse des Berichts müsse eine ähnlich dringende Antwort folgen. Der BUND betonte, weil die Industrieländer sich auch auf Kosten der armen Länder entwickelt hätten, stünden sie jetzt in der Pflicht. EU-Umweltkommissar Dimas sagte, die IPCC-Ergebnisse verstärkten die Entschlossenheit der Europäischen Union, die Emission von Treibhausgasen zu verringern. (mbu) ■ ▼

### • Weitere Informationen

BUND, Leiter Klimaschutz Matthias Seiche, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin  
Tel. 030 / 275864-0, Fax -40  
eMail: matthias.seiche@bund.net  
www.bund.net/klimaschutz

Zusammenfassung des IPCC-Berichts:  
www.ipcc-wg2.org

## „Klima-Allianz“ gegründet

### Über 40 Verbände rufen gemeinsam zu entschlossener Klimapolitik auf

Zahlreiche Vertreter von Entwicklungs- und Umweltverbänden sowie der evangelischen und katholischen Kirche haben sich Ende April zu einer Klima-Allianz zusammengeschlossen. Die mehr als 40 Organisationen, darunter DNR, BUND, NABU, evangelischer Entwicklungsdienst und Brot für die Welt, veröffentlichten einen gemeinsamen Aufruf für eine entschlossenerere Klimapolitik.

### Breites gesellschaftliches Bündnis beobachtet Regierungshandeln

Der Appell richtet sich an die Bundesregierung. Nach Auffassung der Klima-Allianz muss die Bundesregierung zusätzliche Finanzmittel zur Armutsbekämpfung und für Anpassungsmaßnahmen in Entwicklungsländern aufbringen. Der Anteil der Entwicklungshilfe am Bruttosozialeinkommen müsse bis 2015 auf die international angestrebten 0,7 Prozent erhöht werden. Das Geld dafür könne beispielsweise durch die Einführung einer Flugticketabgabe aufgebracht werden. Die Versteigerung von CO<sub>2</sub>-Zertifikaten beim Emissionshandel sollte umgehend eingeführt werden, nicht erst nach 2012 wie derzeit von der Bundesregierung vorgesehen.

► Erstmals in Deutschland tritt damit ein breites gesellschaftliches Bündnis an, um gemeinsam gegen den Klimawandel vorzugehen. Die in der Klimaallianz vertretenen Verbände fordern auch Unternehmen, Gewerkschaften und weitere Organisationen dazu auf, sich dem Bündnis anzuschließen. (mbu) ■ ▼

### • Weitere Informationen

Klima-Allianz, c/o Forum Umwelt und Entwicklung, Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn  
Tel 0228-359 704, Fax -92399356  
eMail: info@forumue.de  
www.die-klima-allianz.de

## Ökologischer Nutzen von Biomasse umstritten

### **BUND: Energiepflanzen können Sonne und Wind ergänzen**

Unter Umweltverbänden ist der Nutzen von so genanntem Biosprit für die Umwelt nicht unumstritten. Nach dem NABU (DRB 04.07, S. 12) hat im April auch der BUND vor überhöhten Erwartungen an den Anbau von Energiepflanzen gewarnt. Trotzdem sei Energie aus Biomasse ein wichtiger Pfeiler der Energiewende, da sie speicherfähig sei. Damit sei sie eine Ergänzung zu Wind- und Sonnenenergie, die wiederum im Gegensatz zur Biomasse unendlich verfügbar seien.

Aus Sicht des BUND ist der effiziente Einsatz von Biomasse notwendig. Den vermehrten Einsatz von „Biotreibstoffen“ in Sprit fressenden Pkw-Motoren sieht der Verband jedoch kritisch. Auch für die Landwirtschaft seien negative Folgen zu befürchten. In Deutschland ist laut BUND der Anbau von Raps und Mais in Monokulturen von 2005 zu 2006 um rund 25 Prozent pro Jahr gestiegen. Ähnliche Zuwächse würden 2007 erwartet.

### **Ökostandards für Bioenergie sollen ins Erneuerbare-Energien-Gesetz**

Ein massiver Anbau von Energiepflanzen würde auch den Flächenverbrauch steigern, so der BUND. Umweltfreundlich lasse sich Biomasse nur im Ökoanbau erzeugen. Dazu müssten die Agrarsubventionen zugunsten jener Landwirte umverteilt werden, die umweltverträglich und regional produzieren. Über einen Bonus im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) lasse sich der Ökoanbau von Energiepflanzen fördern. Vor allem müssten die bisher ungenutzten Reststoffe aus Wald- und Naturschutzflächen und der Lebensmittelindustrie sowie Gülle und Bioabfall verstärkt genutzt werden. (mbu) ■ ▼

#### • **Weitere Informationen**

BUND, Energierreferent Thorben Becker, Am Köllnischen Park, Berlin  
Tel. 030 / 27586421  
eMail: thorben.becker@bund.net  
www.bund.net

BUND-Postion zu Biomasse:  
[www.bund.net/lab/reddot2/pdf/position\\_biomasse\\_15032007.pdf](http://www.bund.net/lab/reddot2/pdf/position_biomasse_15032007.pdf)  
[www.bund.net/lab/reddot2/pdf/biomasse\\_EEG11042007.pdf](http://www.bund.net/lab/reddot2/pdf/biomasse_EEG11042007.pdf)

## Kohlepolitik der Koalition in der Kritik

### **Umweltweise: Klimaziel von 80 Prozent weniger Emissionen in Gefahr**

Das ranghöchste umweltpolitische Beratergremium des Bundeskabinetts hat im April die Kohlepolitik des Bundesumweltministeriums kritisiert. Nach den Worten des Klimaschutzexperten im Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) Martin Jänicke gefährden zu viele neue Kohlekraftwerke das Ziel, die Treibhausgasemissionen bis 2050 um 80 Prozent zu reduzieren. Vor allem die Braunkohle sei mit Abstand der klimaschädlichste Energieträger.

### **Sachverständigenrat fordert Gas- und KWK-Kraftwerke statt Kohle**

Jänicke unterstützte damit die Kritik von EU-Umweltkommissar Stavros Dimas an der deutschen Kohlepolitik. Der so genannte Umweltweise forderte als Alternative künftig nur noch Kohlekraftwerke mit Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) zu genehmigen. Außerdem solle die Bundesregierung neben dem Ausbau Erneuerbarer Energien und dem Energiesparen stärker auf Gas- statt auf Kohlekraftwerke setzen. Auch die steuerliche Bevorzugung der Kohle gegenüber Gas und Öl sei nicht zu verantworten.

### **WWF: Emissionshandel privilegiert Braunkohle**

Umweltverbände kritisierten ebenfalls die politischen Beschlüsse von Bundesumwelt- und Bundeswirtschaftsministerium. Diese hatten Mitte April vereinbart, im Rahmen des Emissionshandels Braunkohlekraftwerken mehr CO<sub>2</sub>-Zertifikate zuzuteilen als Steinkohlekraftwerken. Angesichts des Klimawandels sei dies das falsche Signal, sagte der Energieexperte des WWF Matthias Kopp. De facto bedeute dieser Kompromiss eine Sonderbehandlung der Braunkohle. Würden mit der Förderung derartiger Kraftwerke die Emissionen über eine Laufzeit von 30 bis 40 Jahren festgeschrieben, seien die deutschen Klimaschutzziele in Gefahr. Laut WWF muss auf die Förderung von Braunkohle verzichtet werden, um den CO<sub>2</sub>-Ausstoß bis zum Jahr 2020 um 40 Prozent senken zu können.

Umweltminister Sigmar Gabriel sagte, die Braunkohle werde nicht privilegiert. Es gebe lediglich eine Umverteilung von Verschmutzungsrechten von alten Anlagen

auf effiziente. Es sei vorgesehen, dass ältere Kraftwerke, die mehr Emissionen verursachen, entweder ihre Leistung drosseln oder mehr Emissionsrechte kaufen müssten.

### **DUH: Längere Laufzeit für Braunkohlekraftwerke bedeutet mehr CO<sub>2</sub>**

Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) kritisierte auch die Erhöhung der angerechneten Betriebsdauer von 7500 auf 8250 Stunden pro Jahr für neue Braunkohleleiler. Das hatte Wirtschaftsminister Michael Glos durchgesetzt. Damit dürfen neue Braunkohlekraftwerke die Atmosphäre mit 825 Gramm Kohlendioxid pro Kilowattstunde Strom belasten, Steinkohlekraftwerke mit 750 Gramm pro Kilowattstunde Strom und Gaskraftwerke mit 365 Gramm pro Kilowattstunde Strom. Nach Auffassung der DUH passt dieses Vorgehen weder national noch international in die klimapolitische Landschaft. Es sei auch nicht mit dem Versprechen der Bundesregierung in Einklang zu bringen, als Reaktion auf den jüngsten Bericht des Weltklimarates (siehe vorhergehende Seite) „entschiedene Maßnahmen zur Minderung der Treibhausgasemissionen“ voranzutreiben. (mbu) ■ ▼

#### • **Weitere Informationen**

Deutsche Umwelthilfe (DUH), Fritz-Reichle-Ring 4, 78315 Radolfzell  
Tel. 07732 / 9995-0, Fax -77  
eMail: info@duh.de  
www.duh.de

WWF Deutschland, Rebstocker Str. 55, 60326 Frankfurt/Main  
Tel. 069 / 791440, Fax -617221  
eMail: info@wwf.de  
www.wwf.de

Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU), Reichpietschufer 60, 10785 Berlin  
Tel. 030 / 263696-0, Fax -109  
eMail: sru-info@uba.de  
www.umweltrat.de

Siehe auch nächste Seite.

## Mehr CO<sub>2</sub> durch neues Braunkohlekraftwerk

### Vattenfall baut weiteres Kraftwerk in der Lausitz

Der geplante Bau eines weiteren Braunkohlekraftwerks in Brandenburg wird nach Auffassung des ostdeutschen Umweltnetzwerks Grüne Liga bis zu fünf Millionen Tonnen mehr Kohlendioxid in die Atmosphäre abgeben als derzeit. Dadurch erhöht sich nach Angaben der Grünen Liga der gesamte CO<sub>2</sub>-Ausstoß von der Lausitzer Kohle auf über 60 Millionen Tonnen pro Jahr.

### Weitere 23 Dörfer sollen den Baggern weichen

Mitte April wurde in Boxberg (Oberlausitz/Sachsen) der Grundstein für ein neues Kraftwerk gelegt. Der Betreiber Vattenfall wirbt für die klimapolitisch umstrittene Braunkohle u. a. mit der Schaffung von 100 neuen Arbeitsplätzen. Diese Anzahl bezweifelt die Grüne Liga ebenso wie die Energieeffizienz des Kohlekraftwerks. Maximal 36 Prozent Wirkungsgrad erreichten die Vattenfall-Kraftwerksblöcke in Boxberg und in Jänschwalde (Niederlausitz/Brandenburg). Ein Prognos-Gutachten geht von höchstens 70 neuen Arbeitsplätzen aus. Außerdem war vor kurzem bekannt geworden, dass ein langfristiges Festhalten an der Lausitzer Braunkohleverstromung die Umsiedlung von über 6000 Einwohnern in 23 Orten erfordern würde.

### Grüne: Boxberg stößt soviel CO<sub>2</sub> aus wie 2,4 Millionen Pkw Golf

Auch der energiepolitische Sprecher der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen Hans-Josef Fell kritisierte den Neubau. Vattenfall sichere mit Boxberg R die Klimaerwärmung bis zum Jahr 2051. Das neue Braunkohlekraftwerk werde ab 2011 soviel Kohlendioxid ausstoßen wie 2,4 Millionen Pkw der Golfklasse. (mbu) ■ ▼

#### • Weitere Informationen

Grüne Liga Brandenburg, René Schuster, Lindenstr. 34, 14467 Potsdam  
Tel. 0355 / 860484  
eMail: potsdam@grueneliga.de  
www.grueneliga.de/bburg

## Kurzmeldungen

### Wirtschaftswachstum lässt CO<sub>2</sub>-Emissionen ansteigen

Deutschlands CO<sub>2</sub>-Emissionen sind nach Angaben des Umweltbundesamtes (UBA) im Jahr 2006 erstmals seit einigen Jahren wieder angestiegen, und zwar um 0,6 Prozent. Als Hauptgrund nannte das UBA das relativ starke Wirtschaftswachstum, das auch durch den Zuwachs an erneuerbaren Energien nicht ausgeglichen werden konnte. UBA-Präsident Andreas Trog forderte größere Anstrengungen von der Regierung, um die nationalen Klimaziele einzuhalten. Auch in der gesamten EU sind die Emissionen von großen Industrieanlagen um 1-1,5 Prozent gestiegen, statt - wie im Kyoto-Protokoll vorgesehen - deutlich zu sinken. (ms)  
www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2007/pd07-016.htm

■ ▼

## Lesenswert/Sehenswert

### „The Oil Crash“ - Experteninterviews zum Ende des Erdölzeitalters

Die beiden Dokumentarfilmer aus Zürich und Dublin zeigen, dass es nur noch kurze Zeit dauert, bis der derzeitige Lebensstandard in den Industriestaaten nicht mehr aufrecht erhalten werden kann. So werde der Flugverkehr „zu einem großen Teil eingestellt“ werden müssen, prognostiziert einer der zahlreichen im Film interviewten Experten. Die Frage sei nur noch, wann genau der „Peak Oil“ erreicht sei - der Zeitpunkt, ab dem die Erdöl-Fördermenge sinkt. Die Prognosen reichen von 2010 bis 2030, je nach politischem Standpunkt. Die mehrfach preisgekrönte Dokumentation ist eine Bestandesaufnahme der Abhängigkeit der Weltwirtschaft vom Erdöl und zugleich ein kulturgeschichtlicher Abriss des Ölzeitalters, das vor nur 150 Jahren begann. (mbu)

„A Crude Awakening - The Oil Crash“, Dokumentarfilm, 83 min, Schweiz 2006, Regie: Basil Gelpke, Ray McCormack  
● www.energiestiftung.ch („Erdöl“)

Im Kino: www.kino.de/kinosuche.php4?ofnr=98283

► Veranstalter für Vorführungen gesucht

### Schwarzbuch Klimaschutzverhinderer

Greenpeace beschreibt in dieser aktuellen Dokumentation die Verflechtungen von Energiewirtschaft und Politik. Diese „Klingelwirtschaft“ verhindere den Klimaschutz, schreiben die Autoren. Dass Politiker gleichzeitig in Aufsichtsräten von Energiekonzernen sitzen, ist eine starke Bremse für notwendige Reformen in der Energiepolitik. Dieser Interessenkonflikt führt dazu, dass effektive Klimaschutzmaßnahmen nicht durchgesetzt werden. Das Schwarzbuch listet auf, dass zurzeit z. B. zehn Bundestagsabgeordnete Nebentätigkeiten wie Beirats- oder Aufsichtsratsposten bei großen Energieversorgern ausüben, darunter die energiepolitischen Sprecher von SPD und Union. Greenpeace fordert, dass Mandatsträger keine Nebeneinkünfte von Unternehmen beziehen dürfen, die im Wirkungskreis ihrer politischen Arbeit liegen. (mbu)

Greenpeace (Hrsg.): „Schwarzbuch Klimaschutzverhinderer“ (PDF, 18 S., 710 kB)  
www.greenpeace.de/fileadmin/gpd/user\_upload/themen/klima/Verflechtung\_Energiewirtschaft\_Politik.pdf

■ ▼

## Gastbeitrag

### Lernen, was andere besser machen

Von Tilman Langner, Umweltbüro Nord

#### Deutsch-finnischer

#### Erfahrungsaustausch in Düsseldorf

Nach den PISA- Untersuchungen zur Leistungsfähigkeit der nationalen Schulsysteme ist das Interesse in Deutschland für die Bildungssysteme anderer Staaten deutlich gestiegen. Warum nur schafft es eine Nation wie Finnland, PISA- Sieger zu werden? Und was veranlasste finnische Experten im Jahr 2002, Schulen in Düsseldorf und in Neuss anzufragen, ob man sich dort Beispiele guter Praxis anschauen dürfe? Lehrer/innen aus Düsseldorfer Schulen waren jetzt in der ersten Osterferienwoche zu einem Gegenbesuch in Finnland.

#### Was suchen Experten aus dem PISA-Siegerland in Düsseldorf?

Schulleitungen und Lehrer/innen im Geschwister- Scholl-Gymnasium, in der Hulda- Pankok- Gesamtschule und im Berufskolleg Neuss- Weingartstraße staunten nicht schlecht, als im Jahr 2002 die Anfrage aus Helsinki kam, ob man sich die Ansätze moderner Umweltbildung in diesen Schulen anschauen könne. Was in aller Welt wollten Experten aus dem PISA-Siegerland in Düsseldorfer Schulen? Die Antwort war recht einfach: Lernen! Diese Schulen hatten offensichtlich etwas entwickelt, was das Interesse der finnischen Bildungsexperten geweckt hatte. Womit hier ein erster Unterschied der Strategien für Schulentwicklung in beiden Ländern deutlich wird: Während in der in weiten Teilen ideologisch geprägten Debatte in Deutschland Viele schon lange meinen zu wissen, was dem Kinde ziemt, geht Finnland einen anderen, pragmatischeren Weg. Lernen, was andere Länder besser machen und diese Erkenntnisse dann systematisch ins Bildungssystem in Finnland einführen.

#### Schüler und Lehrer gehen Problemen gemeinsam auf den Grund

Was war so interessant in den deutschen Schulen? Sie stehen für eine moderne Umweltbildung, die sich weniger im Moralisieren und Belehren übt; vielmehr gehen hier Schüler und Lehrer gemeinsam (schulischen) Umweltproblemen auf den Grund und entwickeln dafür praktikable Lösungen. Als Konsequenz aus der UN-

Konferenz von Rio 1992 weiten diese Schulen ihren Horizont auf weitere Aspekte einer nachhaltigen Entwicklung aus. Besonders beeindruckt waren die Finnen von der weitreichenden Partizipation der Schüler in diesen Schulen. Mit den Modellprogrammen BLK 21 und Transfer 21 sowie mit der äußerst engagierten Unterstützung der Landeshauptstadt Düsseldorf haben diese Schulen Rahmenbedingungen, die auch die Finnen als beispielhaft empfanden.

Anfang April 2007 waren nun fünf Kolleg/innen aus dem Düsseldorfer Netzwerk „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ einer Einladung der finnischen Kooperative Eco-One und der Okka-Foundation zu einem Gegenbesuch gefolgt. Sie wollten schauen, was die Finnen aus ihren Erkenntnissen inzwischen gemacht haben und generell das finnische Bildungssystem persönlich in Augenschein nehmen. Höhepunkt der Reise war ein Kooperationsseminar mit knapp 70 Teilnehmern, daneben standen Besuche in Bildungseinrichtungen, im Schuldepartment der Stadt Helsinki, bei der Okka-Foundation (für die Umweltzertifizierung von Bildungseinrichtungen zuständig) und der Lehrgewerkschaft OAJ auf dem Programm.

#### Der unbedingte Wille jedes Kind wertzuschätzen

Während die deutsche Kultusbürokratie eher die Meinung vertritt, dass das finnische Bildungssystem ja ganz anders und schwerlich auf Deutschland zu übertragen sei, sehen das viele Bildungsexperten und Lehrer/innen ganz anders. Deutschland könnte eine Menge von Finnland lernen, darin war sich die Düsseldorfer Delegation anschließend einig.

Bei den deutschen Teilnehmern hinterließ das Unterstützungssystem für Lernende einen starken Eindruck. Im finnischen Bildungssystem kümmern sich neben den Lehrern auch Schul-Psychologen, -Sozialarbeiter, -Krankenschwestern und -Ärzte um die Kinder. Den Lehrern wird es damit ermöglicht, sich auf ihre Kernaufgabe - das Unterrichten - zu konzentrieren, zumal bei Bedarf für besonders leistungsschwache Schüler zusätzliche Fördermöglichkeiten (Lehrerassistent, zusätzliche Förderstunden und ggf. auch separate Förderklassen) existieren. Finnland investiert sichtbar mehr Ressourcen in sein Bildungssystem als Deutschland. Aber nicht alleine der Umfang dieser Unterstützung

beeindruckte die Gäste. Vielmehr schien in politischen Verlautbarungen, in den Statements von Bildungsexperten und auch in der beobachteten schulischen Praxis immer wieder der unbedingte Wille durch, jedes Kind wertzuschätzen und auf dem Weg durch die Ausbildung „mitzunehmen“, Entwicklungsprobleme frühzeitig zu erkennen und gezielt zu intervenieren - statt problematische Kinder sitzenbleiben zu lassen oder an andere Schul(form)en abzuschieben. Auf Landesebene wird damit die „Bildungsreserve“ deutlich besser ausgeschöpft, das ist u. a. daran zu erkennen, dass in Finnland 55 % der Schüler nach der 9. Klasse ans Gymnasium wechseln.

#### Kulturressort nutzt gesammeltes Expertenwissen von der Basis

Die Lehrgewerkschaft hat - anders als in Deutschland - eine anerkannte Stellung im finnischen Bildungssystem, wie die Vertreterinnen der Lehrgewerkschaft OAJ Marjatta Melto und Seija Mutikainen verdeutlichten. In Finnland sind 95 % der Lehrer/innen gewerkschaftlich organisiert. Die OAJ sieht sich nicht nur als Tarifpartei (mit den klassischen Konfliktfeldern Löhne und Arbeitszeiten), sondern sie ist auch ein anerkannter fachlicher Partner der Bildungsadministration und war z. B. an der Ausarbeitung der nationalen Strategie zur Bildung für nachhaltige Entwicklung beteiligt. Die Kooperation zwischen Kulturressort und Gewerkschaft zur Nutzung des gesammelten Expertenwissens der Praktiker an der Basis ist die erfolgreiche Strategie; nicht die Beschneidung vom Mitbestimmungsrechten, wie sie derzeit z. B. in Nordrhein-Westfalen diskutiert wird.

Zu den besichtigten Schulen zählte die Pihkupuisto-Grundschule. Hier führten Fünftklässler vor, wie sie untereinander Streit schlichteten. Nach den Vorzügen der Streitschlichtung gefragt, gaben sie freimütig an, Streitigkeiten selbst zu regeln hätte den großen Vorteil, dass Lehrer und Eltern nicht einbezogen werden müssten - und legten damit einen überzeugenden Pragmatismus an den Tag.

Schließlich ließen auch die ehrgeizigen Bildungsziele, über die Erka Laininen von der Okka Foundation berichtete, die deutschen Gäste aufhorchen: In ihrer aktuellen Strategie zur Bildung für nachhaltige Entwicklung stellen finnische Bildungsexperten u. a. das Ziel auf, dass bis 2010 jede finnische Bildungseinrichtung ein Aktions-

Weitere Informationen zu den Düsseldorfer Schulen und zum Erfahrungsaustausch werden auf [www.umweltschulen.de](http://www.umweltschulen.de) präsentiert. Neben den Referaten vom Kooperationsseminar finden sich dort auch Berichte von den besuchten Bildungseinrichtungen sowie zu weiteren Aspekten des finnischen Bildungssystems.

programm zur Umsetzung von Nachhaltigkeit aufgelegt haben sollte. Wenngleich noch offen ist, inwieweit die neue Regierung diese Ziele mit fördern wird, bestehen doch im zentralstaatlich organisierten Bildungssystem Finnlands reale Chancen, das zu erreichen.

Natürlich wurden auch kritische Entwicklungen in beiden Ländern angesprochen, so die Zusammenlegung von Schulen in Folge von Verwaltungsreformen oder der permanent notwendigen Kampf um Ressourcen angesichts anderer politischer Prioritäten wie Steuersenkungen.

### **Erfahrungsaustausch und Kooperation versprechen Erfolg**

Dennoch scheinen Erfahrungsaustausch und Kooperation eine Erfolg versprechende Strategie zu sein. Um dazu einen konkreten Schritt zu gehen, hat der Leiter der deutschen Delegation Klaus Kurtz finnische Schüler zu dem für 2008 in Düsseldorf geplanten Internationalen Schülerkongress eingeladen. ■ ▼

Der Autor unterstützt als freiberuflicher Berater das hier beschriebene Düsseldorfer Netzwerk sowie weitere Umweltbildungsprojekte.

### ● **Weitere Informationen**

Tilman Langner, Angeroder Straße 1, 18461 Pöglitz (Nordvorpommern)  
Tel. 038320 / 50598  
eMail:  
[tilman.langner@umweltschulen.de](mailto:tilman.langner@umweltschulen.de)  
[www.umweltschulen.de](http://www.umweltschulen.de)

## **Fünf-Jahres-Bilanz der Nachhaltigkeitsstrategie**

### **DNR, NABU und BUND: Deutschland hat erheblichen Nachholbedarf**

Um zu einer langfristig tragfähigen Entwicklung zu kommen, muss sich Deutschland erheblich anstrengen. Dieses Fazit zogen der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), der Naturschutzbund NABU und der Deutsche Naturschutzring (DNR) in einer Fünf-Jahres-Bilanz der Nachhaltigkeitsstrategie. 2002 hatte die rot-grüne Bundesregierung 21 Ziele und Indikatoren für mehr Nachhaltigkeit benannt, anhand derer sie ihre politische Arbeit bewerten lassen wollte. Die Große Koalition übernahm diese Ziele. Schwerpunkt ist der Umweltschutz, acht der 21 Indikatoren beziehen sich darauf. Davon wird allein das Ausbauziel für erneuerbare Energien von 4,2 Prozent Anteil am Primärenergieverbrauch bis 2010 erreicht und übertroffen. Bereits heute stammen fünf Prozent der Energie aus regenerativen Quellen. Auch der kürzlich erschienene Bericht des Statistischen Bundesamtes („Indikatorenbericht“) zeigt, dass Deutschland beim Artenschutz, bei der Reduzierung des Flächenverbrauchs, dem Ausbau des Schienenverkehrs und der Ausweitung des Ökolandbaus weit hinter seinen Zielmarken zurückliegt.

### **Ziele bei Verkehr und Flächenverbrauch verfehlt**

Angelika Zahrnt, Vorsitzende des BUND, kritisiert die unzureichende Förderung des ökologischen Landbaus: „Zweistellige Zuwachsraten bei Biolebensmitteln zeigen, welch großes Potenzial hier steckt. Die Vorgängerregierung wollte den Ökolandbau bis 2010 auf zwanzig Prozent der landwirtschaftlichen Fläche ausdehnen. Jetzt sind erst knapp fünf Prozent erreicht. Künftig müssen die Bauern bei der Umstellung auf den Ökolandbau weit stärker politisch und finanziell unterstützt werden als bisher.“

Mit Sicherheit verfehlt werde das Ziel, 2015 ein Viertel des Güterverkehrs auf der Schiene abzuwickeln. Derzeit würden nur etwa 17 Prozent der Güter per Bahn transportiert, mit gleich bleibender Tendenz. Weit entfernt sei man auch von der geplanten Begrenzung des Flächenverbrauchs auf 30 Hektar pro Tag. Immer noch verschwänden durch Straßenbau und Besiedelung über 100 Hektar täglich.

NABU-Präsident Olaf Tschimpke sagte: „Es muss ein Ende haben, bisher unbebaute Flächen ohne jede Rücksichtnahme in Siedlungs- und Verkehrsflächen umzuwandeln. Flächensparen, Flächeneffizienz und Flächenrenaturierung müssen gesetzlich verankert werden. Dazu gehört auch, falsch ausgerichtete Subventionen und negative steuerliche Anreize auf Bundes- und Länderebene abzuschaffen.“

### **Ungebremster Artenverlust durch industrielle Landwirtschaft**

Neben der Zersiedelung und dem Bau überflüssiger Verkehrswege sei auch die Industrialisierung der Landwirtschaft für die Erfolglosigkeit der Bundesregierung beim Artenschutz verantwortlich. Obwohl sich Deutschland verpflichtet habe, bis 2010 den Artenverlust zu stoppen, stagniere die Entwicklung in diesem Bereich. Eine nationale Strategie zum Erhalt der Artenvielfalt sei daher dringend erforderlich.

Positiv bewertete der DNR-Präsident Hubert Weinzierl, dass sich die Bundesregierung im Bericht des Statistischen Bundesamtes ihren Versäumnissen bei der nachhaltigen Gestaltung Deutschlands stellt: „Die Fünfjahresbilanz zeigt schwarz auf weiß, dass das Engagement der Bundesregierung bei weitem nicht ausreicht. Wenn die Nachhaltigkeitsstrategie nicht Maßstab der Politik insgesamt wird, kann Deutschland nicht zukunftsfähig werden.“ (mb) ■ ▼

### ● **Weitere Informationen**

DNR, Annette Littmeier, Berlin  
Tel. 030 / 4439188  
eMail: [annette.littmeier@dnr.de](mailto:annette.littmeier@dnr.de)

NABU, Maria Elander, Berlin  
Tel. 030 / 28498440  
eMail: [maria.elander@nabu.de](mailto:maria.elander@nabu.de)

BUND, Daniel Unsöld, Berlin  
Tel. 030 / 27586462  
eMail: [daniel.unsoeld@bund.net](mailto:daniel.unsoeld@bund.net)

Hintergrundpapier zur Fünf-Jahres-Bilanz der Nachhaltigkeitsstrategie (PDF, 10 S., 80 kB):  
[www.bund.net/lab/reddot2/pdf/hintergrund\\_nachhaltigkeit\\_052007.pdf](http://www.bund.net/lab/reddot2/pdf/hintergrund_nachhaltigkeit_052007.pdf)

[www.nachhaltigkeits-check.de](http://www.nachhaltigkeits-check.de)

## Kurzmeldungen

### „Welt-Zukunftsrat“ gegründet

Im Hamburger Rathaus ist Mitte Mai der Welt-Zukunftsrat (World Future Council - WFC) gegründet worden. Das Gremium werde als „Hüter zukünftiger Generationen“ agieren, sagte dessen Gründer Jakob von Uexküll. 50 Persönlichkeiten aus der ganzen Welt sollen Lösungen für die ökologischen und sozialen Probleme des Planeten erarbeiten und diese mit Hilfe ihres Ansehens durchsetzen. Dabei sollen sie mit einem weltweiten Netz demokratischer Parlamentarier, dem „eParliament-Network“, kooperieren. Zu den Mitgliedern gehören unter anderen der Atomphysiker Hans-Peter Dürr, der Präsident des Club of Rome Prinz El Hassan Bin Talal, der Erneuerbare-Energien-Experte Hermann Scheer und die Agrar-Aktivistin Vandana Shiva. In seiner ersten Publikation „Zukunft ist möglich“ greift der WFC das Thema Klimaschutz als Schlüsselproblem auf. (fh)

[www.de.wikipedia.org/wiki/World\\_Future\\_Council](http://www.de.wikipedia.org/wiki/World_Future_Council)

### Umweltseiten für Kinder und Eltern:

#### Graslöwe startet neue Homepage

Auf [www.grasloewe.de](http://www.grasloewe.de), der Umweltbildungsseite für Kinder, gibt es ein neues Layout, eine neue Struktur und neue Inhalte. Auf der von der deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) eingerichteten Seite können sich Kinder, Eltern und Lehrer über Graslöwen-TV und -Radio, Graslöwen-Jugendherbergen, das Graslöwen-Musical und vor allem den Graslöwen-Club informieren. „Die Kinder können sich einen Club in Ihrer Nähe suchen oder selbst einen gründen. Wie das ganz einfach geht, steht alles auf der Seite,“ erklärte Judith Perez, DBU-Projektleiterin. Die Kinder sollen animiert werden, genauer hinzuschauen, wo sie sich in ihrer Umgebung zum Schutz der Umwelt einsetzen können. Im Download-Bereich der Seiten fänden die Kinder zum Beispiel den Graslöwen-Rap, Basteltipps und die Geschichte, wie der Graslöwe zum Umweltschützer wurde. Für Eltern und Lehrer gibt es neben allgemeinen Infos über das Projekt auch Unterrichtsmaterialien zum Herunterladen. (fh)

● DBU, Zentrum für Umweltkommunikation (ZUK), Osnabrück, Tel. 0541 / 9633990, [www.grasloewe.de](http://www.grasloewe.de)

### Online-Plattform zum Umweltrecht

Das Unabhängige Institut für Umweltfragen (UfU) hat ein neues Portal zu Fragen des Umweltrechts online gestellt. Unter dem Titel „Anspruchsvoll - Ihr neues Recht auf Umweltinformationen“ informiert die Seite über das Recht auf Umweltinformationen auf der Ebene der Länder, des Bundes und der EU. (ms)

[www.umweltinformationsrecht.de](http://www.umweltinformationsrecht.de)



## Stopp der Landschaftsgesetz-Novelle in NRW gefordert

### Naturschutzverbände: Gesetzentwurf nicht mehr zeitgemäß

Die nordrhein-westfälischen Naturschutzverbände BUND und NABU haben Umweltminister Eckhard Uhlenberg anlässlich der Anhörung im Umweltausschuss Ende April aufgefordert, die geplante Änderung des Landschaftsgesetzes zu stoppen und den Entwurf zurückzuziehen. Mit diesem werde der Naturschutz in NRW um 30 Jahre zurückgeworfen. Nach Ansicht der Verbände droht ein „beispielloser umweltrechtlicher Kahlschlag“: Mitwirkungsrechte würden stark beschnitten, Zerstörungen von Natur und Landschaft erleichtert, ehrenamtliches Engagement torpediert. Die vorliegende Novelle diene nur dazu, die Interessen der Landwirtschaft im Landschaftsgesetz zu verankern.

### Verbände wollen „echte Novellierung“ mit Rücksicht auf Klimawandel

Dabei werde der eigentliche Novellierungsbedarf ignoriert, kritisierten BUND und NABU. Denn eine „echte Novellierung“ des Landschaftsgesetzes ist aus ihrer Sicht längst überfällig. Besonders kritisierten die Verbände, dass der Entwurf den Anforderungen an eine dem Klimawandel angepasste Naturschutzpolitik in keiner Weise Rechnung trage. Das Landesumweltministerium habe anlässlich der Umweltministerkonferenz im März dieses Jahres zwar den Entwurf eines „Werkstattspapiers Klimafolgenstrategie“ vorgestellt, eine konkrete Umsetzung erfolge aber nicht. So sollten beispielsweise deutliche Verschlechterungen im Biotopschutz und beim Aufbau des Biotopverbundsystems festgeschrieben werden. Das sei „nicht klimawandeltauglich und damit auch nicht zukunftsfähig“, so BUND und NABU. (fh) ■

#### • Weitere Informationen

NABU NRW, Merowingerstr. 88, Düsseldorf  
Tel. 0211 / 159251-0, Fax -15  
eMail: [info@nabu-nrw.de](mailto:info@nabu-nrw.de)  
[www.nrw.nabu.de](http://www.nrw.nabu.de)

BUND NRW, AK Naturschutz, Merowingerstr. 88, Düsseldorf  
Tel. 0211 / 302005-0, Fax -26  
eMail: [dirk.jansen@bund.net](mailto:dirk.jansen@bund.net)  
[www.bund-nrw.de/bundesnaturschutzgesetz.htm](http://www.bund-nrw.de/bundesnaturschutzgesetz.htm)

## Aktionsplan zum Schutz frei lebender Luchse vorgestellt

### Ehrenamtliche Luchsbetreuer sollen Konflikte entschärfen

Mit dem „Aktionsplan Luchs“ hat der NABU Ende April ein umfassendes Arbeitsprogramm vorgestellt, um das konfliktarme Zusammenleben von Menschen und Luchsen in Deutschland zu unterstützen. Zentrale Punkte sind der Ausbau des flächendeckenden Netzes ehrenamtlicher Luchsbetreuer, die verstärkte Zusammenarbeit von Experten und Behörden in den Bundesländern, die Stärkung von Forschung zu den aktuellen Vorkommen des Luchses sowie Aufklärung der Öffentlichkeit. „Damit Menschen den Luchs akzeptieren, müssen sie etwas über ihn und seine Lebensgewohnheiten wissen und bei möglichen Konflikten rasche Unterstützung und Hilfe bekommen“, sagte NABU-Präsident Olaf Tschimpke. Es bedürfe einer unbürokratischen Entschädigungspraxis für den eventuellen Verlust von Nutztieren.

### Bundesweiter Wildwegeplan zeigt Wanderwege des Luchses auf

Vor etwa 150 Jahren wurde der Luchs in Deutschland durch den Menschen ausgerottet, da er als Bedrohung für das Kleinvieh galt. Heute gibt es ihn wieder im Bayerischen Wald, im Pfälzerwald, in der Eifel, im Schwarzwald, im Donautal und Teilen Hessens sowie in Nordrhein-Westfalen und Sachsen. Im Bereich des Nationalparks Harz wurden seit 2001 Luchse erfolgreich ausgewildert. Derzeit gibt es etwa 50 frei lebende Luchse in Deutschland. Eine große Gefahr für Luchse ist neben illegalen Abschüssen das dichte Verkehrsnetz. Vor allem Jungtiere werden häufig Opfer des Straßenverkehrs. Der NABU hat einen bundesweiten Wildwegeplan erarbeitet, um die Wanderwege des Luchses in Deutschland aufzeigen zu können. „Der Luchs kann wieder natürlicher Bestandteil und gern gesehener Gast unserer Waldgebiete werden - wenn wir ihn lassen“, so Tschimpke. (fh) ■

#### • Weitere Informationen

Naturschutzbund (NABU), Invalidenstr. 112, 10115 Berlin  
Tel. 030 / 284984-0, Fax -84  
eMail: [bv.berlin@nabu.de](mailto:bv.berlin@nabu.de)  
[www.nabu.de/m01/m01\\_12/06512.html](http://www.nabu.de/m01/m01_12/06512.html)

## Bundesjagdgesetz bleibt unverändert

### Alle Korrekturen auf Eis gelegt

Bundeslandwirtschaftsminister Horst Seehofer hat auf dem bayerischen Landesjagertag in Amberg Ende April Tier- und Naturschützern, die bereits seit Jahren eine Änderung der Jagdgesetze fordern, eine Absage erteilt. Tierschützer kämpfen beispielsweise darum, die Fallenjagd einzudämmen oder Haustiere wie Hunde und Katzen besser vor dem Abschuss zu schützen. Doch seit rund 70 Jahren gab es kaum Änderungen am Bundesjagdgesetz. Die rot-grüne Bundesregierung wollte das nach 2002 ändern. Die von Ministerin Renate Künast (Grüne) vorgelegten Vorschläge stießen jedoch bei Jägern und Grundbesitzern auf erhebliche Gegenwehr und wurden gekippt.

### Jäger, Grund- und Waldbesitzer sehen „erhebliche Nachteile“

Künast-Nachfolger Seehofer (CSU) versuchte daraufhin einen neuen Anlauf: Weil die Länder im Zuge der Föderalismusreform umfangreiche Änderungsrechte erhalten haben, wollte er mit einer Rahmengesetzgebung einen „Länder-Flickenteppich“ beim Jagdgesetz verhindern. Nach Ansicht von Wolfgang Kornder, Präsident des Ökologischen Jagdverbands Bayern, war der Entwurf des Bundes jedoch „so rückständig“ im Sinne der Jäger, dass er erhebliche Nachteile für Grund- und Waldbesitzer gebracht hätte. Nach Bekanntwerden der Forderungen von Tier- und Naturschützern, sagte Seehofer: „Ein neues Gesetz würde die bisherige Situation bei der Jagd verschlechtern. Die Jäger würden dann zu Gejagten, die sich für ihr Dasein rechtfertigen müssten.“

Für die nächsten Jahre werde nun alles beim Alten bleiben, sagte Bayerns Forstminister Josef Miller in Amberg. Miller sieht auch keinen Handlungsbedarf: „Wir haben ein gutes Gesetz, und wenn man es nicht besser machen kann, macht man besser nichts.“ (fh) ■

#### • Weitere Informationen

Ökologischer Jagdverband (ÖJV), Erlanger Str. 19, 91341 Röttenbach  
Tel. 09195-9232-24, Fax -25  
eMail: [e.emmert@oejv.de](mailto:e.emmert@oejv.de)  
[www.oejv.de](http://www.oejv.de)

## Lesenswert

### Naturschutz im gesellschaftlichen

#### Kontext

Das Bundesamt für Naturschutz (BfN) hat in seiner Schriftenreihe den Band „Naturschutz im gesellschaftlichen Kontext“ veröffentlicht. Darin versuchen die Autoren für Konflikte, die durch Ansprüche verschiedener gesellschaftlicher Gruppen und Interessen auftreten, Lösungsansätze zu finden. Die Breite der Buchbeiträge verdeutlicht, dass es aufgrund der Komplexität von Problemen rund um den Naturschutz verschiedenster Methoden und Herangehensweisen bedarf, um Lösungen zu finden. Die Beiträge beleuchten naturschutzrelevante Fragestellungen aus verschiedenen Blickwinkeln. Dabei schlagen sie eine Brücke von grundlegenden gesellschaftswissenschaftlichen Erkenntnissen des angewandten Naturschutzes und der Landnutzung bis hin zu Beispielen einer nachhaltigen regionalen Entwicklung. (fh)

Karl-Heinz Erdmann, Hans-Rudolf Bork, Till Hopf: Naturschutz im gesellschaftlichen Kontext, Landwirtschaftsverlag, Bonn 2006, 338 Seiten, 20 Euro; Bezug: [www.lv-h.de/bfn](http://www.lv-h.de/bfn)

### Neue Rote Liste der gefährdeten

#### Biotoptypen: Keine Entwarnung

Den fortschreitenden Verlust der Arten- und Lebensraumvielfalt in Deutschland dokumentiert die neueste Auflage der Roten Liste der gefährdeten Biotoptypen. Rund 72 Prozent aller 690 verschiedenen Lebensraumtypen in Deutschland gelten nach wie vor als gefährdet oder sogar als akut von der Vernichtung bedroht. (bv)

U. Riecken u. a. (2006): Rote Liste der gefährdeten Biotoptypen Deutschlands. Zweite fortgeschriebene Fassung 2006, Natursch. Biol. Vielf. 34, 318 S., ISBN 3-7843-3934-4; Bezug: BfN-Schriftenvertrieb im Landwirtschaftsverlag, 48084 Münster, 24,- Euro, [www.lv-h.de/bfn](http://www.lv-h.de/bfn)

### Naturschutz als Jobmotor in ländlichen Regionen

Eine neue Broschüre des Bundesumweltministeriums (BMU) zeigt auf, wie eine nachhaltige, auf den Ressourcen ländlicher Regionen basierende Entwicklung Auswege aus dem Kreislauf steigender Arbeitslosigkeit, sinkender Lebensqualität und Abwanderung bieten kann. Skizziert wird ein Weg weg von der Subventionie-

rung der Landwirtschaft hin zu einer stärkeren Förderung der vielfältigen ländlichen Potenziale. (bv)

BMU (Hrsg.): „Zukunft: Natur - Wie ländliche Regionen von Umwelt und Naturschutz profitieren und welchen Beitrag die EU-Agrarpolitik leisten kann“; Download: [www.bmu.de/naturschutz\\_biological\\_vielfalt/downloads/doc/39154.php](http://www.bmu.de/naturschutz_biological_vielfalt/downloads/doc/39154.php)



#### Berichtigung

Bei unserem Beitrag „Neue Wälder auf alten Industrieflächen - Bedeutung und Wahrnehmung neuer Stadtnatur“, DRB 04.07, S. 18, war die Autorenangabe unvollständig. Der Artikel wurde von Gisela Prey und Orhan Güles von der Ruhr-Universität Bochum sowie von Ulrich Kriese vom NABU verfasst. Die Redaktion bittet um Entschuldigung. (mb)

## **NRW: Immer mehr Städte fördern Radverkehr**

**AGFS: Fahrradfahren und CO<sub>2</sub> sparen**  
Die Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundliche Städte, Gemeinden und Kreise in NRW e.V. (AGFS) hat im April erneut Zuwachs bekommen. Dortmund, Herzogenrath und der Kreis Viersen bewarben sich um die Aufnahme in das Klimaschutz-Programm der AGFS. Der Verband setzt sich seit 14 Jahren dafür ein, dass das Radfahren für Bürgerinnen und Bürger attraktiver wird, um so einen aktiven Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. In den letzten Monaten kündigten gleich mehrere Städte und Gemeinden ihre Teilnahme an.

### **Städte müssen fahrradfreundliches Gesamtkonzept vorlegen**

Die AGFS nimmt nach der Bewerbung Bewertungen für den jeweiligen Kandidaten vor. Unter anderem muss dieser ein fahrradfreundliches Gesamtkonzept vorlegen. In den bisherigen 40 Mitgliedsstädten, -gemeinden und -kreisen seien Erfolge deutlich zu spüren, so die Arbeitsgemeinschaft. So sanken beispielsweise in Troisdorf durch gezielte Maßnahmen in acht Jahren die Pkw-Fahrten um zehn Prozent.

### **Handlungsbedarf im Verkehrsbereich**

Laut AGFS ist die CO<sub>2</sub>-Einsparung durch das vermehrte Fahrradfahren enorm. Würden die Hälfte aller Pkw-Fahrten unter fünf Kilometer mit dem Fahrrad zurückgelegt, könnten damit jährlich bundesweit über 4,5 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub> eingespart werden. Während die Industrie und die privaten Haushalte in Deutschland in den letzten Jahren ihre CO<sub>2</sub>-Emissionen bereits senken konnten, ist der Ausstoß im Verkehrssektor gestiegen (zwischen 1990 und 2003 um fünf Prozent). Der Straßenverkehr ist der zweitgrößte CO<sub>2</sub>-Verursacher in Deutschland mit 19 Prozent (2004) nach den Kraftwerken (43 %). Die AGFS sieht deshalb die Förderung des Fahrradverkehrs als wichtigen Schritt in die richtige Richtung. (fh) ■

#### ● **Weitere Informationen**

AGFS, Stellvertreter Pressesprecher Michael Bläss, Stadt Wesel, Klever-Tor-Platz 1, 46483 Wesel  
Tel. 0281 / 2032421  
eMail: michael.blaess@wesel.de  
www.fahrradfreundlich.nrw.de

## **Länder-Verkehrsminister: Gialiner weiter prüfen**

### **Arbeitsgruppe zum Thema „Riesen-Lkw“ eingesetzt**

Die Konferenz der Verkehrsminister der Länder hat Ende April die Arbeitsgruppe „Gialiner“ eingesetzt, die bis zum Herbst einen Beschlussvorschlag zu den Riesen-Lkw erarbeiten soll. Die umstrittenen Modellversuche in drei Bundesländern, die der Bundesverkehrsminister zunächst als rechtswidrig eingestuft hatte, dürfen damit weiterlaufen. Die Minister betonten, dass die Datenbasis für eine allgemeine Zulassung der Gialiner noch nicht ausreichend sei, schlossen eine Zulassung aber nicht mehr aus. Nach dem Konferenzbeschluss soll die Arbeitsgruppe die Auswirkungen der Riesen-Lkws auf Verkehrsinfrastruktur und -sicherheit und auf den Bahn-Güterverkehr weiter prüfen.

### **Transportverlagerung auf die Straße verschlechtert Umweltbilanz**

Der DNR, der Verkehrsclub Deutschland (VCD), die Allianz pro Schiene, der Deutsche Städtetag und auch der Bundesverband Öffentlicher Binnenhäfen hatten vor dem Konferenzbeschluss an die Verkehrsminister appelliert, ein klares Signal gegen die Gialiner zu setzen. DNR-Generalsekretär Helmut Röscheisen nannte die Behauptung, die Gialiner würden die Umwelt entlasten, absurd. Lkw-Verkehr produziere pro transportierter Tonne Ladung vier Mal so viel CO<sub>2</sub> wie der Schienenverkehr. Weitere Verlagerungen von Transporten auf die Straße würden daher die Umweltbilanz des deutschen Güterverkehrs deutlich verschlechtern. Der VCD rechnet damit, dass bei einer allgemeinen Einführung der 60 Tonnen schweren und über 25 Meter langen Gialiner etwa 30 Prozent der heutigen Bahnfracht auf die Straße abwandert. Das würde zu einem jährlichen Mehrausstoß an CO<sub>2</sub> von etwa 3,4 Millionen Tonnen führen, sagte VCD-Verkehrsexpertin Heidi Tischmann. (fh) ■

#### ● **Weitere Informationen**

Verkehrsclub Deutschland (VCD), Heidi Tischmann, Kochstr. 27, 10969 Berlin  
Tel. 030 / 280351-0, Fax -10  
eMail: mail@vcd.org  
www.vcd.org

## **Umweltverbände: Tempolimit-Debatte irreführend**

### **Deutschland einziges Industrieland ohne Geschwindigkeitsbeschränkung**

Der Deutsche Naturschutzring (DNR), der Verkehrsclub Deutschland (VCD) und die Gesellschaft für ökologische Forschung haben der Bundesregierung vorgeworfen, in der Tempolimit-Diskussion mit „irreführenden Fakten“ zu operieren. Trotz erdrückender Argumente werde ein Tempolimit bis heute verhindert, kritisierte Wolfgang Zängl von der Gesellschaft für ökologische Forschung. Verkehrsminister Tiefensee und Umweltminister Gabriel argumentierten etwa, es gebe auf 98 Prozent der deutschen Straßen Geschwindigkeitsbeschränkungen. „Dabei werfen sie Orts- und Kreisstraßen in einen Topf mit Autobahnen“, sagte DNR-Generalsekretär Helmut Röscheisen. In Wahrheit dürfe auf über der Hälfte aller Autobahnkilometer „dauerhaft gerast werden.“

### **Tempolimit könnte ohne Kosten CO<sub>2</sub> und Unfälle reduzieren**

Die Minister spielten zudem die Effekte eines Tempolimits für den Klimaschutz herunter, so die Verbände. Dabei könnten mindestens 40 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> bis 2020 eingespart werden, wenn Tempo 120 sofort eingeführt würde. Zängl sagte, die Bundesregierung mache sich mit ihrem Eintreten für mehr Klimaschutz in Europa völlig unglaubwürdig, solange Deutschland als einziges Industrieland weltweit ein Tempolimit verweigere. Der VCD sieht bei einem Tempolimit zudem die Chance Unfälle zu vermeiden. „70 Prozent aller tödlichen Unfälle finden auf Autobahnabschnitten ohne Tempolimit statt“, sagte der VCD-Bundesvorsitzende Michael Gehrmann, „über die Hälfte davon aufgrund überhöhter Geschwindigkeit. Durch Tempo 120 könnte Tiefensee schnell und einfach die Zahl der Verkehrstoten deutlich reduzieren und Tausenden von Menschen Verletzungen ersparen.“ (fh) ■ ▼

#### ● **Weitere Informationen**

Gesellschaft für ökologische Forschung, Wolfgang Zängl, Frohschammerstr. 14, 80807 München  
Tel. 089 / 359-8586, Fax -6622  
e-mail: info@oekologische-forschung.de  
www.rasen-im-treibhaus.de

Siehe auch folgende Seite.

## Umfassende Erhebung der externen Kosten des Verkehrs

### 77 Milliarden Euro Folgekosten im Jahr

Eine Studie des Infrac-Instituts zu den externen Kosten des Verkehrs kam Mitte Mai zu dem Schluss, dass der Pkw- und Lkw-Verkehr jährlich 77 Milliarden Euro Folgekosten verursacht. Dabei geht es vor allem um Unfälle mit Toten und Verletzten. Diese Kosten tragen Kranken- und Rentenkassen sowie der Steuerzahler.

Würden die ermittelten externen Kosten dem Verursacher angelastet, müsste Autofahren je Kilometer neun und das Fliegen 15 Cent teuer sein, sagte Dirk Flege, Geschäftsführer der Allianz pro Schiene, die die Studie in Auftrag gegeben hatte. Skandalös sei, dass Krankenkassen die Kosten von Autounfällen mit den Kfz-Versicherern meist nur pauschal abrechneten und es so an Transparenz fehle.

### Allianz pro Schiene: Autofahren und Fliegen zu billig

Laut Allianz pro Schiene verursacht ein Gütertransport per Bahn nur ein Viertel der Kosten des Lkw-Transports. Das Auto führe pro Kopf und Kilometer zu dreimal höheren Unfall- und Umweltkosten. Ein Flug sei sogar fünfmal schädlicher. Das Bündnis fordert daher eine deutlich höhere Lkw-Maut, ein Verbot der geplanten Gegaliner und höhere Mineralöl- und Kfz-Steuern. Zudem seien die hohen Steuervorteile für den Flugverkehr nicht mehr zu verantworten.

Der Verband der Automobilindustrie (VDA) erklärte dagegen, „so genannte externe Kosten des Straßenverkehrs“ dürften nicht als Vorwand für eine weitere Verteuerung des Autofahrens genommen werden. Dies sei kein effizienter Beitrag zum Umweltschutz. Dem Autofahrer fehlten so die Mittel, um sich ein neues, spritsparenderes Auto anzuschaffen. (fh) ■ ▼

### • Weitere Informationen

Allianz pro Schiene, Maren Herbst,  
Reinhardtstr. 18., 10117 Berlin  
Tel. 030 / 2462599-20, Fax -29  
eMail: maren.herbst@allianz-pro-schiene.de  
[www.allianz-pro-schiene.de/deutsch/Studie-Externe-Kosten-des-Verkehrs.html](http://www.allianz-pro-schiene.de/deutsch/Studie-Externe-Kosten-des-Verkehrs.html)

## Kurzmeldungen

### Studie: Qualitätstourismus zerstört Mallorca

Anfang April hat die Ruhr-Universität Bochum eine Langzeitstudie veröffentlicht, nach der der auf Mallorca örtlich begrenzte Massentourismus am „Ballermann“ für die Umwelt der Insel verträglicher ist als der so genannte Qualitätstourismus. Mitte März hatten bereits 50 000 Mallorquiner/innen gegen den Bauboom, der die Umwelt der Insel zerstört, protestiert (siehe DRB 04.07, S. 21). „Der Qualitätstourismus ist geprägt von Golfanlagen, Zweitwohnsitzen und neuen Yachthäfen“, sagte Geowissenschaftler und Studienleiter Thomas Schmitt. Diese Anlagen würden riesige Mengen Wasser und Land verbrauchen. Um die Insellandschaft nicht weiter zu belasten, müsse man „in den bestehenden Urlaubsregionen Angebote schaffen, die auch die so genannten Qualitätstouristen anziehen“, so Schmitt. Den Rest der Insel dürfe man nicht weiter erschließen. (fh)

● Ruhr-Universität Bochum, Lehrstuhl für Landschaftsökologie, Prof. Thomas Schmitt, Tel. 0234 / 3223377, [www.geographie.rub.de](http://www.geographie.rub.de)

■ ▼

## Lesenswert

### Rasen im Treibhaus: Warum Deutschland ein Tempolimit braucht

Deutschland ist das einzige europäische Paradies für Autobahnraser. Seit über 25 Jahren stehen Forderungen nach einem Tempolimit auf hiesigen Highways auf verlorenem Posten. Die Verkehrsminister, wie sich auch heißen mögen, singen das Blei-Blieb der Autolobby. Wolfgang Zängl - bekannt als Autor von Klassikern wie „Grün kaputt“ oder „Alptraum Auto“ - hat davon gründlich die Nase voll. In seinem neuen Buch „Rasen im Treibhaus“ listet er akribisch Vorurteile und Argumente auf und kommt zu dem Schluss, dass aus Erwägungen sowohl des Klima- und Umweltschutzes als auch der Verkehrssicherheit eine Geschwindigkeitsbegrenzung ohne vernünftige Alternative ist. Das neue Standardwerk in Sachen Tempolimit. (Andrasch Neunert)<sup>1</sup>

Wolfgang Zängl: Rasen im Treibhaus - Warum Deutschland ein Tempolimit braucht, Gesellschaft für ökologische Forschung, München 2007, 212 S., 12,- Euro, ISBN: 978-3922491101

■ ▼

---

<sup>1</sup> Zuerst erschienen bei Radio Lora, 27.4.2007.  
Quelle und Interview mit dem Autor:  
[www.freie-radios.net/portal/content.php?id=16552](http://www.freie-radios.net/portal/content.php?id=16552)  
Siehe auch Beitrag auf der vorhergehenden Seite.

## Kurzmeldungen

### NABU: US-Schiffe vor Heiligendamm gefährden Schweinswale

Der Naturschutzbund (NABU), die Gesellschaft zur Rettung der Delphine und die Gesellschaft zum Schutz der Meeressäuger haben Anfang April zusammen mit Artenschützern in einem Offenen Brief an den amerikanischen Botschafter William R. Timken vor einer Gefährdung der Schweinswale in der Ostsee gewarnt. Diese würden durch US-Kriegsschiffe während des G-8-Gipfels in Heiligendamm bedroht, da der Einsatz des zur U-Boot-Suche verwendeten Sonars für Schweinswale tödlich sein könnte. Aus den USA sei eine Massenstrandung der Meeressäuger nach einem Sonareinsatz dokumentiert. Die US-Regierung plane zur Bewachung des Gipfels vom 6. bis 8. Juni eine Fregatte und einen Zerstörer zur Sicherung des Tagungsorts in die Ostsee zu entsenden, so die Verbände. (fh)

● NABU, Berlin, Tel. 030 / 284984-0, [www.nabu.de/m05/m05\\_1](http://www.nabu.de/m05/m05_1)



## Lesenswert

### Handbuch zum Grundwasserschutz

Der BUND hat einen interdisziplinär erstellten Leitfaden zum Grundwasserschutz vorgelegt. Dieser führt in das Ökosystem Grundwasser ein, untersucht seine Rechte und beleuchtet klassische (z. B. Landwirtschaft, Altlasten) und neuartige Handlungsfelder (z. B. Geothermie, Klimawandel, Privatisierung) des Grundwasserschutzes. Die Handlungsempfehlungen geben Anregungen zur anstehenden Umsetzung der EU-Grundwasserrichtlinie in Deutschland und weiteren Entscheidungen mit Bedeutung für das Grundwasser. (mt)

BUNDhintergrund Grundwasser, Berlin 2007, 40 S., Download (PDF, 380 kB): [www.bund.net/wasser](http://www.bund.net/wasser) (Publikationen)

### Lebensraum Aue: Broschüren zur Schüler- und Erwachsenenbildung

Die Vereinigung Deutscher Gewässerschutz hat drei Broschüren zum Artenschutz herausgebracht. Die Hauptbroschüre (VDG-Schriftenreihe Band 70) bietet mit verständlichen Texten einen anschaulichen Einblick in den Lebensraum Aue. Unter anderem wird verdeutlicht, dass eine Aue keinesfalls ein lebensfeindlicher Standort ist. Die dort lebenden Arten erleiden durch die Hochwässer zwar Verluste, können diese jedoch durch verstärkte Vermehrung, die der Nahrungsreichtum der Aue ermöglicht, ausgleichen. Fachleute schätzen, dass über 10.000 Tierarten und etwa 1800 Arten von Farn- und Blütenpflanzen in Flussauen vorkommen. Nach allgemeinen Informationen über Auen folgt eine detaillierte Abhandlung über Lebewesen, die auf Auen angewiesen sind. Im zweiten Kapitel wird der Einfluss des Menschen dargestellt, der die natürliche Gestalt der Auen weitestgehend zerstört hat. Auwälder werden zu Weidewiesen und Ackerland. Zu geschichtlichen Informationen kommen aktuelle Probleme wie Grundwasserabsenkung und Schadstoffeintrag als Folge neuer Techniken und industrieller Wasserkraftnutzung. Ein weiteres Thema ist der Hochwasserschutz, den einst die Auen boten und der nun durch Talsperren oder Hochwasserrückhaltebecken gewährleistet werden muss. Diese machen allerdings die Fließgewässer für Lebewesen undurchlässig und verschlechtern ihren ökologischen Zustand. Schließlich werden Beispiele zur Regeneration von Auen dargestellt, die im

Sinne der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) zum Erreichen eines guten ökologischen Zustandes beitragen können. Wer selbst aktiv werden möchte, bekommt hier Informationen zu Bachpatenschaften und zu Möglichkeiten der Beteiligung am Gewässerschutz. Die Bände 71 und 72 (Abenteuer Auen - Bach- und Flussauen erforschen) zeigen verschiedene Möglichkeiten um Schülern der 1.-4. bzw. der 5.-10. Klasse die Bedeutung von Auen nahezubringen. Im ersten Kapitel des Bandes 72 ist Wissenswertes aus Band 70 zusammengefasst. Beide Bände richten sich vor allem an Lehrer. (Aline Weser)

Vereinigung Deutscher Gewässerschutz (Hrsg.): Auen leben (Band 70), Abenteuer Auen (Band 71: Grundschule; Band 72: Sekundarstufe), je 3,- Euro, ISBN 9783937579283; Bezug: [www.auen-leben.de/lerneinheiten.html](http://www.auen-leben.de/lerneinheiten.html)



## Termine

### Bundesweite Umwelt-Termine

...finden Sie hier.

### Internationale Umwelt-Termine

...finden Sie in unserem EU-Rundschreiben (siehe vorletzte Seite in diesem Heft).

### Diese und neuere Termine im Internet

...finden Sie unter [www.dnr.de/termine](http://www.dnr.de/termine) (meist auch ausführlicher).

► DNR-Mitgliedsverbände, die dort selbst Termine veröffentlichen möchten, können sich bei [info@dnr.de](mailto:info@dnr.de) anmelden.

### Weitere Terminseiten im Internet

...haben wir auf [www.dnr.de/termin-links](http://www.dnr.de/termin-links) zusammengestellt, darunter spezielle Veranstaltungsübersichten zu Energie, Gentechnik, Naturschutz, Verkehr und Wasser.

### Ihre Umwelt-Termine

► ...von überregionalem Interesse mailen Sie bitte rechtzeitig in der hier üblichen Form an [info-berlin@dnr.de](mailto:info-berlin@dnr.de)

31.5., Hannover

### Energiepflanzen und Naturschutz - ein Widerspruch?

Tagung; Alfred Toepfer Akademie für Naturschutz, Schneverdingen  
Tel. 05119 / 9890  
[nna@nna-niedersachsen.de](mailto:nna@nna-niedersachsen.de)  
[www.nna-niedersachsen.de](http://www.nna-niedersachsen.de)

3.6., Berlin

### Ökologische Gerechtigkeit

Umweltkonferenz; Die Grünen, Bundestagsfraktion, Büro Bärbel Höhn, Berlin  
Tel. 030 / 227-74499, Fax -56218  
[oekologischgerecht@gruene-bundestag.de](mailto:oekologischgerecht@gruene-bundestag.de)  
[www.gruene-bundestag.de](http://www.gruene-bundestag.de)

5./6.6., Berlin

### Woche der Umwelt

DBU, Martin Schulte, Osnabrück  
Tel. 0541 / 96339-40, Fax -90  
[www.wochederumwelt.de](http://www.wochederumwelt.de)

5.-7.6, Rostock

### G8 2007 - Es gibt Alternativen

Internationaler G8-Alternativkongress; WEED e.V., Florian Butollo, Berlin  
Tel. 030-28041811, Fax -27596928  
[florian.butollo@weed-online.org](mailto:florian.butollo@weed-online.org)  
[www.g8-alternative-summit.org/de](http://www.g8-alternative-summit.org/de)

8.-10.6., Bandau (Sachsen-Anhalt)

### Fachseminar Strohballenbau

Fachverband Strohballenbau (FASBA), Dirk Scharmer, Lüneburg  
Tel. 04131 / 22786-49, Fax -48  
[info@fasba.de](mailto:info@fasba.de)  
[www.fasba.de](http://www.fasba.de)

12.-15.6., München

### Velo-city 2007 und Streetlife-Festival

Kongress und weitere Veranstaltungen; BMVBS, European Cyclists Federation  
Planungsbüro Kaulen, Aachen  
Tel. 0241 / 334-44, Fax -45  
[info@velo-city2007.com](mailto:info@velo-city2007.com)  
[www.velo-city2007.com](http://www.velo-city2007.com)

15.6., Berlin

### Bildung, Wirtschaft, Nachhaltigkeit - Berliner Unternehmen engagieren sich

Konferenz zur UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“, SenWTF  
EPIZ, Nicola Humpert  
Tel. 030-61203954, Fax 030-6926519  
[humpert@epiz-berlin.de](mailto:humpert@epiz-berlin.de)  
[www.berlin.de/sen/wirtschaft/lez](http://www.berlin.de/sen/wirtschaft/lez)

22. 6., Freiburg

### Nachhaltig in die Zukunft - 30 Jahre Öko-Institut

Fachtagung und Festveranstaltung; Öko-Institut, Romy Klupsch, Freiburg  
Tel. 0761 / 45295-0, Fax -88  
[event@oeko.de](mailto:event@oeko.de)  
[www.oeko.de](http://www.oeko.de)

5./6.7., Gelsenkirchen

### Erneuerbare Energien: Job- und Bildungsmesse

Wissenschaftsladen Bonn, Wissenschaftspark Gelsenkirchen, Stadt Gelsenkirchen  
Tel. 0228 / 201610  
[info@jobmesse-ee.de](mailto:info@jobmesse-ee.de)  
[www.jobmesse-ee.de](http://www.jobmesse-ee.de)

30.7.-11.8., Nürnberg-Offenbach

### Tour de Natur

Grüne Liga Dresden  
Tel. 0351 / 4943-354, Fax -400  
[mail@tourdenatur.net](mailto:mail@tourdenatur.net)  
[www.tourdenatur.net](http://www.tourdenatur.net)

5.-12.8., Bandau (Sachsen-Anhalt)

### Europäisches Strohballenbau-Camp

Fachverband Strohballenbau (FASBA), Dirk Scharmer, Lüneburg  
Tel. 04131 / 22786-49, Fax -48  
[info@fasba.de](mailto:info@fasba.de)  
[www.fasba.de](http://www.fasba.de)

19.8.-16.9., Poppau/Altmark

### Ecovillage Design Education

Gaia Education, Kosha Joubert  
Tel. 039000-90860, Fax -51232  
[kosha@siebenlinden.de](mailto:kosha@siebenlinden.de)  
[www.siebenlinden.de](http://www.siebenlinden.de)

6./7.9., Erfurt

### 1. Internationaler Kongress zu Pflanzenöl-Kraftstoffen

nova-Institut, Hürth  
Tel. 02233 / 9436-84, Fax -83  
[michael.carus@nova-institut.de](mailto:michael.carus@nova-institut.de)  
[www.nova-institut.de](http://www.nova-institut.de)

14.-16.9., Poppau/Altmark

### Lebensräume nachhaltig gestalten - Einführung in die Planungsmethode Permakultur

Ökodorf e.V., Sandra Campe  
Tel. 039000 / 512-35, Fax -32  
[verein@oekodorf7linden.de](mailto:verein@oekodorf7linden.de)  
[www.oekodorf7linden.de](http://www.oekodorf7linden.de)

19.-21.9., Hohenheim bei Stuttgart

### Fortschritte im Biogas

Int. Konferenz; Internationales Biogas und Bioenergie Kompetenzzentrum (IBBK), Kirchberg/Jagst  
Tel. 07954 / 9262-03, Fax -04  
[conference@biogas-zentrum.de](mailto:conference@biogas-zentrum.de)  
[www.biogas-zentrum.de/ibbk](http://www.biogas-zentrum.de/ibbk)

26.-28.10., Poppau/Altmark

### Aufbau von Gemeinschaftsprojekten

Seminar; Hand in Hand Gemeinschaftsberatung, Eva Stützel  
Tel. 039000 / 512-37, Fax -32  
[info@gemeinschaftsberatung.de](mailto:info@gemeinschaftsberatung.de)  
[www.gemeinschaftsberatung.de](http://www.gemeinschaftsberatung.de)  
(fh, mb) ■

## EU-Termine - deutsche Ratspräsidentschaft

### EU-Ministerrats-Sitzungen unter deutschem Vorsitz (Auswahl)

#### Mai

7./8.	Landwirtschaft/Fischerei
8.	Wirtschaft/Finanzen
20.-22.**	Landwirtschaft/Fischerei
21./22.	Wettbewerb
23.-25.**	Stadtentwicklung
30./31.	Soziales/Gesundheit

#### Juni

1.-3.**	Umwelt
5.*	Wirtschaft/Finanzen
7./8.*	Verkehr/Telekommunikation/Energie
11./12.*	Landwirtschaft/Fischerei
28.*	Umwelt

\* in Luxemburg (sonst in Brüssel)

\*\* informell

### Plenarwochen/Plenartermine des Europäischen Parlaments

9./10.5.\*, 21.-24.5.

6./7.6.\*, 18.-21.6.

\* in Brüssel (sonst in Straßburg)

### Sitzungen des Umweltausschusses des Europäischen Parlaments

Mai: 2. n\*, 3. v\*, 7. n, 8. v+n

Juni: 4. n, 5. v, 25. n, 26. v+n, 27. v

v = vormittags 9-12.30 Uhr

n = nachmittags 15-18.30 Uhr

\* = vorbehaltlicher Termin

Alle Sitzungen finden in Brüssel statt.

(mb) ■

### • Weitere Informationen

[www.europa-digital.de/aktuell/kalender](http://www.europa-digital.de/aktuell/kalender)

Wochenkalender („Diese Woche in Brüssel“):

[www.europa-digital.de/aktuell/wochenschau](http://www.europa-digital.de/aktuell/wochenschau)

Deutsche EU-Ratspräsidentschaft (1.1.-30.6. 2007):  
[www.eu2007.de](http://www.eu2007.de)

Tagesordnungen und weitere Informationen zu den Plenarsitzungen des Europäischen Parlaments:

[www.europarl.europa.eu/activities/expert/agenda.do?language=DE](http://www.europarl.europa.eu/activities/expert/agenda.do?language=DE)

Quelle Umweltausschuss-Sitzungen:  
[www.europarl.europa.eu/comparl/envi/pdf/misc/envi\\_meeting\\_dates\\_2007.pdf](http://www.europarl.europa.eu/comparl/envi/pdf/misc/envi_meeting_dates_2007.pdf)

## Regelmäßige Umweltsendungen

### Sendeplätze in Radio und Fernsehen

Viele Redaktionen bieten Vor- und Rückschauen, Audiodateien, Sendemanuskripte und Zusatzinformationen im Internet an. Diese Liste (mit Links) steht auch unter [www.dnr.de/umweltinfo](http://www.dnr.de/umweltinfo) („TV + Radio“).  
► Änderungs- und Ergänzungsmeldungen bitte an die Redaktion. (mb)

## TV-Vorschau

### Der Grüne Kanal

„Das ökologisch korrekte TV-Programm“ für die nächsten Tage  
[www.bio.de/kanal.php](http://www.bio.de/kanal.php)

### Prisma online

Fernsehsendungen zum Stichwort „Natur“ in den nächsten vier Wochen:  
[www.prisma-online.de/fernsehen/stichwort.html?aid=Natur](http://www.prisma-online.de/fernsehen/stichwort.html?aid=Natur)  
Bestimmte Sendungen/Inhalte suchen:  
[www.prisma.de/suche](http://www.prisma.de/suche) (Stichwort suchen)

## Fernsehsendungen

### ZDF.umwelt

Sonntags 13.15-13.45, ZDF  
[www.zdf.de/ZDFde/inhalt/30/0,1872,1020478,00.html](http://www.zdf.de/ZDFde/inhalt/30/0,1872,1020478,00.html)

### Ozon - Umweltmagazin

Mi (14-tägig) 21.30, Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB)  
[www.rbb-online.de/ozon](http://www.rbb-online.de/ozon)

### Löwenzahn - Natur, Umwelt und Technik für Kinder

Sa, 12.10-12.35, ZDF; Sa 16.50-17.20 KIKA  
[www.tivi.de/loewenzahn](http://www.tivi.de/loewenzahn)

### Terra Nova

Spartenkanal für Naturfilme (Sendungen: „Green Planet“, „TierWelten“, „Nature & Science“ u. a.)  
[www.terra-nova.tv](http://www.terra-nova.tv)

### Unser Land

Fr 19.00-19.45, Bayerischer Rundfunk (BR)  
[www.br-online.de/umwelt-gesundheit/unserland](http://www.br-online.de/umwelt-gesundheit/unserland)

### Unkraut - Umweltsendung für junge Leute

Mo (14-tägig) 21.20-21.45, Bayerischer Rundfunk (BR)  
[www.br-online.de/umwelt-gesundheit/sendungen/unkraut](http://www.br-online.de/umwelt-gesundheit/sendungen/unkraut)

### Arte-Umweltsendungen

Di 14.00 Hippokrates (Gesundheit), Sa 20.40 Abenteuer Arte, Sa 21.35 GEO u. a.  
[www.arte-tv.com/de/wissen-entdeckung/258720.html](http://www.arte-tv.com/de/wissen-entdeckung/258720.html)

### blickpunkt umwelt

3. Do im Monat, 19.00, h1 (Region Hannover)  
[www.blickpunktumwelt.de](http://www.blickpunktumwelt.de)

### Netz Natur

ca. alle 6 Wochen, Do 20.00-21.00, SF1 (Schweiz)  
[www.sf.tv/sf1/netznatur](http://www.sf.tv/sf1/netznatur)

## Rundfunksendungen

### Umwelt und Verbraucher

Mo-Fr 11.35-12.00, Deutschlandfunk  
[www.dradio.de/dlf/sendungen/umwelt/](http://www.dradio.de/dlf/sendungen/umwelt/)

### Natur und Wissenschaft

Mo-Sa 11.05, DeutschlandRadio  
[www.dradio.de/dlr/sendungen/wissenschaft/natwi.html](http://www.dradio.de/dlr/sendungen/wissenschaft/natwi.html)

### Aus Umwelt und Ernährung

Mo-Fr 16.35-16.50, SWR cont.ra (Südwestrundfunk)  
[www.swr.de/contra](http://www.swr.de/contra)

### Landwirtschaft und Umwelt

Mo-Fr 10.03-11.56, So 7.05-7.30 (Wh. 22.35), Bayern 2  
[www.br-online.de/umwelt-gesundheit/unserland](http://www.br-online.de/umwelt-gesundheit/unserland)

### hr-iNFO Umwelt und Entwicklung

Sa 20.35-21.00, So 8.35-9.00, hr (Hessischer Rundfunk)  
[www.hr-online.de/website/radio/hr-info/](http://www.hr-online.de/website/radio/hr-info/) („Wochenende“)

### GLOBAL 3000

erster Mo im Monat 20.00-21.00 (Wh. Di 10.00-11.00)  
Radio Dreyeckland Freiburg 102,3 (freies Radio)  
[www.rdl.de/global30.html](http://www.rdl.de/global30.html)

### Radio Rainbow

Do 19.00-20.00 Radio LORA München 92,4 (freies Radio)  
<http://home.link-m.de/lora/rainbow.htm>

### Greenpeace-Radio Stuttgart

3. Do im Monat 20.00-21.00, 99,2 Antenne, 102,1 Kabel (freies Radio)  
[www.greenpeace-radio-stuttgart.de](http://www.greenpeace-radio-stuttgart.de)

### Greenpeace Radio Freiburg

alle 4 Wochen, Mo 19.00-20.00 (Wiederholung Di 11.00-12.00), Radio Dreyeckland (RDL) 102,3 (freies Radio)  
[www.rdl.de/programm.html](http://www.rdl.de/programm.html)

### Restrisiko - Umweltmagazin aus Mannheim

Letzter Mo im Monat 20.00-21.00 (Wiederholung Di 11.00-12.00), Radio Dreyeckland (RDL) 102,3 (freies Radio)  
[www.rdl.de/programm.html](http://www.rdl.de/programm.html)

### Radijojo! - Graslöwen Radio

[www.grasloewe.de](http://www.grasloewe.de)  
[www.radijojo.de](http://www.radijojo.de)



## Information und fachlicher Austausch

### Aktuelle und kostenlose eMail-Nachrichten zu allen Öko-Themen

Aktuelle und unabhängige Nachrichten zu ökologischen Themen senden eine Reihe von Infodiensten kostenlos per eMail zu - von allgemeinen Umweltinformationen über gängige Bereiche wie Energie oder Gentechnik bis zu speziellen Angeboten etwa zu „grüner Beschaffung“ oder Öko-jobs. Eine von mehreren DNR-Verbänden zusammengestellte Übersicht von rund 50 solcher Dienste ist im Internet zugänglich.

[www.dnr.de/umweltinfo](http://www.dnr.de/umweltinfo)

### Wikipedia: Selbstorganisiertes Fachwissen in der freien Enzyklopädie

► Wikipedia, die freie Enzyklopädie im Internet, kann jede/r nutzen und mit eigenem Wissen ergänzen. Die Bedienung ist einfach. Seit Mai 2001 wurden über 500.000 Artikel in deutscher Sprache verfasst. Es gibt ein Portal „Umweltschutz“ mit verschiedenen Kategorien und Bereichen, das bereits viel Fachwissen zusammenfasst, aber auch noch Lücken aufweist. Fachleute aus Umweltverbänden und -institutionen sind aufgerufen, hier ihre besonderen Kenntnisse und Erfahrungen einzubringen.

[www.de.wikipedia.org/wiki/Wikipedia:Willkommen](http://www.de.wikipedia.org/wiki/Wikipedia:Willkommen)

[www.de.wikipedia.org/wiki/Portal:Umweltschutz](http://www.de.wikipedia.org/wiki/Portal:Umweltschutz)

### „Grünes Forum“: Umwelt-Diskussionsplattform im Internet

► In diesem partei- und verbandsunabhängigen Online-Forum können Meinungen und Informationen zu Umweltfragen aller Art ausgetauscht werden. Gegliedert ist das Forum nach Themen (Artenschutz, Bildung, Energie, Gentechnik, Klima, Meere, Naturschutz, Politik, Verkehr, Tierschutz, Wirtschaft) sowie nach Bundesländern.

[www.gruenes-forum.net](http://www.gruenes-forum.net)  
(mb) ■

## EU-Umweltpolitik verständlich: Unsere Sonderhefte

Meldungen und Kommentare zur europäischen und internationalen Umweltpolitik finden Sie im EU-Rundschreiben - der „Schwesterpublikation“ zum Deutschland-Rundbrief (siehe nächste Seite). Zusätzlich zu diesem erscheinen mehrmals im Jahr thematische Sonderhefte. Viele dieser Sonderhefte sind gerade für DRB-Leser/innen interessant: Sie bringen Licht in die Brüsseler Strukturen und zeigen, wie sich Umweltverbände auf europäischer Ebene effektiv und erfolgreich engagieren können.

Titel/Thema	Ausgabe
Energie und Klima (in Vorbereitung)	II/2007
EU-Fonds für die Umwelt: Ein kritischer Leitfaden	I/2007
Brüsseler 1×1: Wie funktioniert die EU?	Extra
Memorandum zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft/10 Grüne Prüfsteine	Extra
Umsetzung von EU-Umweltrecht: Wohin steuert die Europäische Union?	11./12.06
Forderungen an den deutschen Vorsitz im Rat der EU und bei der G8	10.06
Rat und Tat in Brüssel: Alles über den Rat der Europäischen Union	08/09.06
Umweltschutz in den Beitrittsländern Bulgarien, Rumänien und Kroatien	07.06
Wohin geht die Reise? Tourismus auf dem Prüfstand	06.06
Europa nachhaltig entwickeln: Zum Stand der EU-Nachhaltigkeitsstrategie	05.06
Gefahr Grüne Gentechnik: Das Märchen von der Koexistenz	04.06
Wer schützt den Wald? Waldpolitik in Deutschland, in der EU und weltweit	02/03.06
EU-Dienstleistungsrichtlinie bedroht Daseinsvorsorge und Umweltrecht	01.06
Abschalten, umschalten, einsparen: Wohin steuert die Energiepolitik?	12.05
Marktwirtschaftliche Instrumente: Ökosteuern und Emissionshandel	11.05
Europa weiterdenken: Verfassungsdebatte als Chance nutzen!	10.05
Ihre Rechte in der EU-Umweltgesetzgebung: Ein Wegweiser	08/09.05
Für eine starke EU- Chemikalienpolitik ... alles über REACH	06/07.05
Die europäischen Umweltverbände: Ein Nachschlagewerk	05.05
Biodiversität, Zugang zu genetischen Ressourcen und Vorteilsausgleich	03/04.05
Sieben thematische Strategien für eine bessere Umweltpolitik	02.05
Die neue Europäische Kommission: Barrosos Team tritt an	01.05
Biodiversität auf der politischen Agenda: Ist die Vielfalt noch zu retten?	11/12.04
Europas Meere: Geschützte Vielfalt oder Müllkippe und Selbstbedienung?	09/10.04
Die Århus-Konvention: Mehr Rechte für Umweltverbände	08.04
Nachhaltigkeitsstrategien: Ökologisch, sozial und wettbewerbsfähig?	07.04
Das Transeuropäische Verkehrsnetz: Ist der Zug abgefahren?	06.04
Welche Energien brauchen wir?	05.04
Wasser: Globale Ressource - schützenswertes Gut	04.04
Umweltpolitik und Parteien in den neuen Mitgliedstaaten	02/03.04
Europäische Verfassung gescheitert?	01.04
Natura 2000: Vision und Umsetzung des europäischen Naturschutzes	12.03
Umweltverbände zur Europawahl 2004	11.03
Grüne Gentechnik: Verunreinigtes Saatgut, Verbraucherschutz, Aktionen	10.03
Die Regierungskonferenz zur EU-Verfassung	09.03
Die 5. WTO-Ministerkonferenz in Cancún	08.03
Europäische Chemikalienpolitik	07.03
Weltweite Regeln für globale Unternehmen	06.03
Europäische Umweltministerkonferenz Kiew 2003	04/05.03
Der Stand der EU-Erweiterung	03.03
Reformdebatten in der EU (2): Der Verfassungskonvent	02.03
Reformdebatten in der EU (1): Der EURATOM-Vertrag	01.03

Alle Sonderhefte können kostenlos im Internet heruntergeladen werden (PDF-Download, ca. 200-500 kB):

[www.dnr.de/eur](http://www.dnr.de/eur) („Bisherige Ausgaben“) oder  
[www.eu-koordination.de](http://www.eu-koordination.de) („Publikationen“)

## Unser Partner in Brüssel: Das Europäische Umweltbüro

### Der Dachverband der europäischen Naturschutz- und Umweltverbände

Das Europäische Umweltbüro (EEB) ist der Dachverband von 140 zivilgesellschaftlichen Organisationen in allen EU-Mitgliedsländern und einigen Nachbarstaaten. Die Mitglieder sind lokal, national, europaweit oder international agierende Organisationen. Insgesamt repräsentiert das EEB über 15 Millionen Bürger/innen.

Das EEB organisiert und unterstützt das Engagement seiner Mitgliedsorganisationen für eine effektive EU-Politik und nachhaltige Entwicklung. Das EEB-Büro in Brüssel arbeitet eng mit seinen Mitgliedern zusammen, um den Informationsstand über die EU-Umweltpolitik zu verbessern, das Verständnis für diesen Bereich zu fördern und den Dialog mit dem Europäischen Parlament, der EU-Kommission und den Regierungen der Mitgliedsländer zu pflegen.

Für jede Ratspräsidentschaft veröffentlicht das EEB eine Prioritätenliste der zu behandelnden Themen. Nach Ablauf der Präsidentschaft wird eine Bewertung anhand dieser „Zehn grünen Prüfsteine“ durchgeführt. Beides wird auch regelmäßig im EU-Rundschreiben veröffentlicht.

Das EEB verfügt über Fach- Arbeitsgruppen, die aus dem Kreis der Mitgliedsorganisationen gebildet werden. In ihnen sind in der Regel über die Teilnehmer die meisten EU-Mitgliedsländer und auch viele Beitrittsstaaten vertreten. Die Arbeitsgruppen werden von EEB-Expert/innen geleitet (siehe Tabelle).

### Das Europäische Umweltbüro arbeitet zu folgenden Themen:

- Integration von Umweltbelangen in die gesamte EU-Politik („Article 6 Watch“<sup>1</sup>)
- Öffentlichkeitsbeteiligung im Umweltbereich (Århus-Konvention)
- Luftqualität und Lärm (gesamter Bereich der EU-Luftqualitätspolitik: CAFE<sup>2</sup>-Programm, aktuelle EU-Richtlinien; Lärmrichtlinie)
- Städtische Umwelt

- Klima/Energie (alles rund um das Kyoto-Protokoll; in Zusammenarbeit mit dem Climate Action Network - CAN-Europe)
- Biodiversität (Umsetzung und Finanzierung von NATURA 2000, Naturschutz außerhalb der FFH-Richtlinie, Überarbeitung der EU-Biodiversitätspolitik, strategische Umweltprüfung SEA)
- Chemikalien (REACH-Verordnung)
- Quecksilber (EU-Quecksilberrichtlinie, Aufbau eines Netzwerks, internationale Ebene)
- Produktpolitik (Ecolabel)
- Ökologische Finanzreform (Ökologische Steuerreform, unökologische Subventionen, EU-Richtlinie zum öffentlichen Beschaffungswesen u. a.)
- Landwirtschaft und Boden (EU-Agrarreform, Agro-Gentechnik u. a.; Biotreibstoffe; Bodenschutz)
- Abfall (Abfallvermeidung und -recycling)
- Wasser (Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie)
- Tourismus

- Außerdem arbeitet das EEB zur:
- IPPC-Richtlinie zur Vermeidung von Umweltverschmutzung (Integrated Pollution Prevention and Control),
  - Entwicklung der Thematischen Strategie zur nachhaltigen Nutzung natürlicher Ressourcen,
  - Umsetzung der Richtlinie zur Strategischen Umweltprüfung,
  - EU-Strategie für Nachhaltige Entwicklung,
  - Standardisierung des europäischen Gütesiegels,
  - Umwelthaftung,
  - EU-Erweiterung
  - Verbesserung der Umsetzung und Einhaltung der EU-Umweltgesetzgebung.

### • Weitere Informationen

Europäisches Umweltbüro (EEB), Boulevard de Waterloo 34, B-1000 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 28910-90, Fax -99  
eMail: eeb@eeb.org  
www.eeb.org

Mitarbeiter/in	Funktion/Fachgebiet	eMail
John Hontelez (d)	Generalsekretär	hontelez@eeb.org
Ursula Vavrik (d)	Landwirtschaft, Gentechnik (Geschäftsführerin)	ursula.vavrik@eeb.org
Regina Schneider (d)	Leiterin der Informationsabteilung; Weiterbildung	info@eeb.org
Caroline Bretelle	Presse und Veröffentlichungen	caroline.bretelle@eeb.org
Pendo Maro	Umweltpolitik und Umweltintegration (Kordinatorin)	pendo.maro@eeb.org
Mara Silina	EU-Erweiterung, Bürgerbeteiligung, Weiterbildung, ECO-Forum (Kordinatorin)	mara.silina@eeb.org
Pieter de Pous (d)	Biodiversität, Wasser (EU-Politikreferent)	pieter.depous@eeb.org
Mecki Naschke (d)	Chemikalien, Industriepolitik (EU-Politikreferentin)	mecki.naschke@eeb.org
Anja Leetz (d)	Chemikalienpolitik (Kampagnenleiterin)	anja.leetz@eeb.org
Kerstin Meyer (d)	Luftverschmutzung, Lärm, Städtische Umwelt (EU-Politikreferentin)	kerstin.meyer@eeb.org
Doreen Fedrigo	Abfall, Ökologische Produktpolitik, Ressourcen (Leitende EU-Politikreferentin)	doreen.fedrigo@eeb.org
Elena Lymberidi	Quecksilber-Kampagne (Kordinatorin)	elena.lymberidi@eeb.org

(d) = deutschsprachig

1 Artikel 6 des EG-Vertrages: Gebot der Umweltintegration - siehe [www.eur-lex.europa.eu/de/treaties/dat/12002E/pdf/12002E\\_DE.pdf](http://www.eur-lex.europa.eu/de/treaties/dat/12002E/pdf/12002E_DE.pdf)

2 „Clean air for Europe“ - „Saubere Luft für Europa“

## Inhalt des EU-Rundschreibens des DNR in diesem Monat

► Naturschutz- und Umweltpolitik wird in Brüssel gemacht: 80 Prozent des in Deutschland geltenden Umweltrechts gehen auf europäische Initiativen zurück. Unser EU-Rundschreiben ist das einzige deutsche EU-Umweltmedium. Probeexemplare erhalten Sie beim DNR in Bonn (siehe Seite 2). Probelesen und Bestellen im Internet: [www.eu-koordination.de](http://www.eu-koordination.de)

## Editorial

- Ökologische Wirtschaftspolitik: Eine alte Idee kehrt zurück

## EU-Präsidentschaft, G8-Vorsitz

- Jugendliche fordern mehr Beteiligung  
Von Ann-Kathrin Fischer, Deutsches Nationalkomitee für internationale Jugendarbeit
- Erster G8-Erklärungs-Entwurf kursiert

## EU-Politik, Recht

- „Berliner Erklärung“ zum 50. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge
- Zweiter Alternativer ECOFIN: Bündnis für Umkehr in EU-Wirtschaftspolitik
- Grünbuch: Marktinstrumente in der Umweltpolitik
- Zugang zu EU-Dokumenten: Grünbuch und Konsultation

## Abfall, Produktpolitik

- EU billigt deutsche Einweg-Pfandpflicht
- EU überprüft RoHS-Richtlinie
- Erste Studien zu energieeffizienten Produkten

## Agrarpolitik, Gentechnik

- Globales Bündnis klagt gegen Patente auf Saatgut und Tiere
- Kulturpflanzenvielfalt soll Gemeingut bleiben
- EU-Strategie zur Biotechnologie auf dem Prüfstand
- EU-Parlament verschiebt Abstimmung zum Ökolandbau

## Chemikalien, Emissionen

- Rotterdam-Konvention soll Endosulfan und Tributylzinn verbieten
- Zu hohe Pestizid-Grenzwerte: EFSA warnt vor Gesundheitsrisiken
- Kandidaten für REACH-Aufsichtsgremium benannt

## Energie, Klima

- Atomlobby versucht Comeback in Europa - EURATOM hilft kräftig mit  
Von Silva Herrmann, GLOBAL 2000
- Teil 2 des IPCC-Klimaberichts zeichnet düsteres Szenario  
Von Markus Steigenberger, DNR
- EU will Emissionshandel für Schifffahrt
- Wirtschaftswachstum lässt CO<sub>2</sub>-Emissionen ansteigen
- Debatte über Umsetzung des EU-Energiepakets

## Naturschutz, Biodiversität

- Einigung über LIFE+: 785 Millionen für Naturschutz

## Verkehr, Tourismus

- Straßenverkehr bremst Kyoto-Ziele
- Alpen-Verkehrsbeobachtungsstelle
- Studien zum nachhaltigen Verkehr

## Wasser, Meere, Fischerei

- EU-Hochwasserrichtlinie verpasst Chance für den Auenschutz  
Von Christian Schweer, BUND
- Umweltausschuss will mehr prioritäre Stoffe in Wasserrahmenrichtlinie
- Fischereirat: Schutz der Aale blockiert
- Bericht rügt mangelhafte Umsetzung der EU-Fischereipolitik

## Service

- Veröffentlichungen/Neu im Netz
- Termine
- EU-Gesetzgebungsverfahren
- Wegweiser: EU, EEB

## Sonderheft

- EUR-Sonderheft: Energie und Klima (in Vorbereitung)

## Verweise auf frühere Ausgaben

In einigen Artikeln wird auf vorangegangene Ausgaben verwiesen: „DRB 07.06“ weist z. B. auf Heft 7 des Deutschland-Rundbriefes im Jahr 2006 hin. Verweise auf das EU-Rundschreiben (siehe rechts) sind genauso gehalten, z.B. „EUR 11.06“. Alle älteren Ausgaben sind komplett im Internet zugänglich: [www.dnr.de/drbb](http://www.dnr.de/drbb) („Bisherige Ausgaben“).

## Danksagung

Für das Verfassen von Beiträgen und die Bereitstellung von Informationen zu diesem Rundbrief danken wir allen Beteiligten, vor allem den Gastautor/innen, den Redaktions-Praktikant/innen sowie den Umwelt-Informationsdiensten, Verbänden und Institutionen, deren Meldungen verwendet wurden (siehe „Weitere Informationen“ unter jedem Beitrag). Besonderer Dank gilt dem unabhängigen Verbände-Informationsdienst [www.ngo-online.de](http://www.ngo-online.de)

## Deutschland-Rundbrief im Internet

### [www.dnr.de/drbb](http://www.dnr.de/drbb)

heißt die Internetseite des DNR-Deutschland-Rundbriefes. Dort finden Sie:

- die aktuelle Ausgabe mit Inhaltsverzeichnis, Editorial, Serviceteil und vier ausgewählten Beiträgen
- bisherige Ausgaben ab Januar 2000 als Volltext-Archiv (PDF-Dateien)
- Sonderhefte und Beilagen zu verschiedenen Umwelt-Themen

Gegen Rückporto können die Materialien auch zugesandt werden.

## Tagesaktuell informiert per eMail

Für Rundbrief-Abonent/innen und Fachleute aus den DNR-Mitgliedsverbänden bieten wir kostenlos aktuelle eMail-Nachrichten an. Unter rund 50 Umwelt-Themen kann ausgewählt werden. Angebot und Bestellmöglichkeit: [www.dnr.de/infoservice](http://www.dnr.de/infoservice)

## Gastbeiträge willkommen

► Wir freuen uns auf Ihre umweltpolitischen Beiträge in Absprache mit der Redaktion. Beiträge von Gastautor/innen stimmen nicht in allen Fällen mit der Meinung von Redaktion bzw. Herausgeber überein. Die Redaktion behält sich vor, Beiträge zu kürzen und zu überarbeiten.

## Unsere Zeitschriften zu internationaler Umweltpolitik

### EU-Rundschreiben, Rundbrief des Forums Umwelt und Entwicklung

Meldungen und Kommentare zur Umweltpolitik auf europäischer und internationaler Ebene finden Sie im EU-Rundschreiben des DNR (siehe vorhergehende Seite). Beiträge zur globalen Umwelt- und Entwicklungspolitik stehen im Rundbrief des Forums Umwelt und Entwicklung, getragen vom DNR und mehreren Nord-Süd-politischen Organisationen. Wir senden oder mailen gern kostenlose Probeexemplare. Probelesen und Archiv im Internet: [www.eu-koordination.de](http://www.eu-koordination.de) [www.forumue.de/forumaktuell/rundbriefe](http://www.forumue.de/forumaktuell/rundbriefe)

# DRB-Abo

## Abonnieren Sie den Deutschland-Rundbrief des Deutschen Naturschutzrings

Ich bestelle den Deutschland-Rundbrief **ab Ausgabe:**

- als Privatperson**
- 41 Euro pro Jahr im eMail-Versand
  - 52 Euro pro Jahr für das gedruckte Heft\*
  - 57 Euro pro Jahr für das Heft\* plus eMail

- für eine Organisation**
- 82 Euro pro Jahr im eMail-Versand
  - 103 Euro pro Jahr für das gedruckte Heft\*
  - 113 Euro pro Jahr für das Heft\* plus eMail

\* zzgl. 26 Euro Zusatzporto bei Auslandsversand

- als Förderabonnement**
- 180 Euro oder mehr pro Jahr - bitte Betrag und Bezugsart angeben: (Differenzbetrag zum Abonnement als Spende absetzbar)

- Zahlung per Bankeinzug**  
Kontonummer:

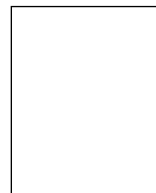
### Absender/in

Vorname, Name:  
ggf. Organisation:  
ggf. Funktion:  
Straße/PF:  
PLZ, Ort:  
Tel./Fax:  
eMail:

Geldinstitut:  
Bankleitzahl:

- gegen Rechnung** an die oben angegebene / folgende Adresse:

# DRB-Abo



Deutscher Naturschutzring  
Redaktion Deutschland-Rundbrief  
Prenzlauer Allee 230  
10405 Berlin